

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 16 Bl.

3. Jahrgang.

Freitag, 16. Feber 1923.

Nr. 38.

Das Kaufschulgesetz.

„Die tschechoslowakische Republik ist kein Land der Extreme und daher lag nach der Ansicht der Verfasser auch keine Notwendigkeit vor, dieses Gesetz in extremer Weise zu gestalten.“ Das schrieb am Dienstag das deutschgeschriebene tschechische Prager Regierungsblatt, womit der aus Steuergeldern zur Verdrehung der Wahrheit bezahlte Regierungsschmök den Eindruck zu erwecken suchte, der Entwurf des Kaufschulgesetzes — das zu einer Geißel für den größten Teil der Bevölkerung werden wird — sei eigentlich ganz harmlos und diene, von väterlicher Milde erfüllt, nur der „Erziehung“ der Bevölkerung „im Sinne der wahren Demokratie“. Es bleibe hier unerörtert, welches Maß von Charakterlosigkeit und Dreistigkeit dazu gehört, um eine solche Lüge niederschreiben zu können; schließlich kann dies niemanden wundernehmen, denn die Hintermänner des Blattes können skrupelhaftere Goldschreiber, die es mit der Wahrheit genauer nehmen, nicht brauchen. Uebrigens röhren sich solche infame Verdrehungen sichtbarer Tatsachen von selbst und erweisen aufs neue die Nichtigkeit des Wortes, daß Lügen kurze Beine haben.

In Wirklichkeit ist der Entwurf ein einziges „Extrem“, das umso ungeheuerlicher erscheint, als dafür, selbst vom Standpunkte des um die Erhaltung der Republik besorgtesten Patrioten, jede Voraussetzung in den Verhältnissen des Staates fehlt. Es würde von uns gestern gezeigt, wie die Verfasser des Gesetzes bemüht waren, das Extremste vom Extremen in den Entwurf hineinzutragen und die Beispiele lassen sich ins Unendliche fortsetzen, denn es gibt darin keinen Paragraphen, der nicht extrem wäre. Das Bemühen der Gesetzesmacher, ja nur an keine mögliche Art zu vergessen, die geeignet wäre, als Fuzangel gegen jede oppositionelle Betätigung Verwendung zu finden, zeigt schon die Anlage des Entwurfes: von einer systematischen Anordnung ist keine Spur, vielmehr sind die einzelnen Straftaten im Entwurfe verstreut, sodaß von manchen Delikten in drei bis vier ganz verschiedenen Paragraphen gesprochen wird, die verschiedene Strafsätze aufweisen, sodaß der Willkür der Justiz Tür und Tor geöffnet ist. Von Anschlägen, Angriffen und Gewalttätigkeiten gegen „verfassungsmäßige Faktoren“ ist in den Paragraphen 1, 7 und 11 die Rede; nicht genug daran, handelt der § 20 des Entwurfes vom Schutze dieser „verfassungsmäßigen Faktoren“. Dieser Paragraph soll die gegen diese Faktoren begangenen „groben Ungehörigkeiten“ ahnden und ist reinster Kaufschul. Eine „grobe Ungehörigkeit“, die als Uebertretung gilt, wird mit Gefängnis von drei Tagen bis drei Monaten oder mit einer Geldstrafe von 50 bis 10.000 Kronen bestraft. Was aber eine solche „grobe Ungehörigkeit“ ist, wird nirgends gesagt. In diesem Lande der guten Sitten hält man dies wahrscheinlich für überflüssig. Bestraft wird jeder, der „durch eine grobe Ungehörigkeit die Ausübung der Rechtskraft des Präsidenten der Republik, der gesetzgebenden Körperschaft, ihres Präsidenten oder Präsidiums (!), des Ausschusses oder einer Kommission der Regierung, ihres Vorsitzenden oder Mitgliedes (!), des Gerichtes oder eines anderen Amtes stört, um ihre Würde herabzusetzen (!)“. Da jedwede Angabe des Tatbestandsmerkmals fehlt, wird es dem Ermessen des Anzeigers und des Gerichtes überlassen bleiben, wann und wodurch eine Herabsetzung der „Würde“ eines der genannten verfassungsmäßigen Faktoren durch „grobe Ungehörigkeit“ erfolgt ist und die genannten Körperschaften oder Ämter in der „Ausübung ihrer Rechtskraft“ (!) gestört wurden. Als grobe Ungehörigkeit kann danach im Parlament oder einem Ausschusse jeder entstandene Lärm, jeder heftigere Zwischenruf, eine von der Opposition durch Entfernung ihrer Mitglieder herbeigeführte Beschlunsunfähigkeit eines Ausschusses, der Zutritt eines Galeriebesuchers, wie auch jedes, dem Beamten einer Behörde im Wortwechsel gegenüber ausgesprochene heftigere Wort, das aber noch lange keine Amtshen-

Verhinderter Mordanschlag auf Genossen Auer.

Berlin, 15. Feber. (Eigenbericht.) Die Münchener Polizeidirektion teilt mit, daß es ihr gelungen ist, hinter einen Mordplan zu kommen, der sich gegen unseren Genossen Erhard Auer richtete. Am 28. Jänner wurde ein 17jähriger Oberrealschüler verhaftet, der bereits einen Fluchtversuch unternommen hatte, als er

merkte, daß die Polizei ihm auf der Spur sei. Der amtliche Bericht gibt zu, daß der festgenommene verschiedene rechtsstehenden Organisationen angehörte. Neun Personen, die an dem Plane Anteil hatten oder um ihn wußten, wurden bereits verhaftet, vier davon dem Münchener Volksgericht übergeben.

Die Revolution der Arbeit gegen die Gewalt.

Genosse Stampfer über den Kampf im Ruhrgebiet.

Berlin, 15. Feber. (Eigenbericht.) In einem Artikel des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ schreibt Genosse Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts“, der eben von einer Reise durch das Ruhrgebiet zurückgekehrt ist, daß die nationalistische Welle nunmehr abzuebben beginne. Die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten sei hergestellt und es scheine, daß sich hier die größte Revolution der Geschichte anbahne, wenn nicht vollende: die Revolution der friedlichen Arbeit gegen die kriegerische Gewalt. Der komplizierteste Gewaltapparat kämpfe gegen den kompliziertesten Produktionsapparat. Der Sieg der Arbeiter würde den Beginn eines neuen un-kriegerischen Zeitalters bedeuten. „Welche Kräfte müßten von einem Sieg des Ruhrproletariates über den französischen Militarismus in die Welt ausströmen! Dies ist ein Kampf, wie ihn die Welt-

geschichte noch nicht kennt, dessen Strategie sich im Kampfe selbst erst entwickelt. Ist das strategische Problem unlösbar? Ich glaube es nicht. Das Ernährungsproblem ist alles.“ Am Weltkriege seien weit über 100 Millionen Menschen vier Jahre in der Blockade ernährt worden, hier handle es sich um einen Teil des arbeitenden Volkes, der einige Monate versorgt werden müsse. Gesänge das, so sei das Proletariat unüberwindlich. Zum zweiten Male stehe im Ruhrgebiet eine rote Armee, die aber nicht mit Gewalt um ein utopisches Ziel, sondern mit zweckdienlichen Mitteln um das größte Ziel kämpfe. Wenn der Kampf gelingt, könnten wir jederzeit verhandeln, ohne uns der militärischen Gewalt zu unterwerfen. Mit einem Ausruf an die internationale Sozialdemokratie, ihre Pflicht zu tun, schließt Genosse Stampfer seinen Artikel.

Die Mark steigt weiter.

Berlin, 15. Feber. (Eigenbericht.) Die Reichsbank setzt ihre Devisenabgabe mit Erfolg fort. Der Dollar sank auf 19.151, das englische Pfund auf 90.523, der Schweizer Franken auf 3615 und die tschechische Krone von 703 auf 573.

Einfuhr holländischer Milch.

Berlin, 15. Feber. (Wolff.) Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat zur Hebung der im besetzten Gebiete entstandenen Milchnot die Einfuhr von 50.000 Liter Milch täglich aus Holland in die Wege geleitet.

beleidigung zu sein braucht, ausgelegt werden. Dadurch wird jede Körperschaft und jeder, der irgend ein Amt hat, mit einer Unantastbarkeit und Gottähnlichkeit umgeben, die von der Heiligkeit des Mandarinentums im Reiche der Mitte kaum überboten wird. Ob den Abgeordneten in Gegenwart des verehrungswürdigen Präsidiums, des Vorsitzenden eines Ausschusses, und den anderen Staatsbürgern vor dem Beamten eines Amtes noch das Atmen erlaubt sein wird, wird in dem Entwurfe leider nicht gesagt.

Die Unbestimmtheit und Unklarheit der Tatbestandsmerkmale, die zu den verabschiedeten, willkürlichsten, einseitigsten und absurdesten Auslegungen Anlaß geben muß, ist überhaupt die hervorsteckendste Eigenschaft des Entwurfes. Die Tätigkeit gewisser „hervorragender tschechischer juristischer Sachverständiger“ und Universitätsprofessoren scheint vorwiegend auf die Erfindung solcher Unklarheiten gerichtet gewesen zu sein. Wir greifen zum Beweise einen beliebigen Paragraphen heraus. Es ist der § 5, der vom „Verrat eines staatlichen Geheimnisses“ handelt. Vor allem: was ist das ein „staatliches Geheimnis“? Die Preisgebung militärischer Geheimnisse sind unter diesem Verrat nicht gemeint, denn militärischer Verrat wird in dem Entwurfe in einem eigens gekennzeichneten Kapitel behandelt. Was ist also ein „staatliches Geheimnis“? Da auf dieses Delikt schwerer Kerker von sechs Monaten bis zehn Jahren steht, hätte wohl die Bevölkerung, die unter die Fuchtel dieses Gesetzes gestellt werden soll, ein Recht zu erfahren, was als „Geheimnis“ zu behandeln ist und was nicht. Der Entwurf sagt darüber nur, daß sich dieses Verbrechen „schuldige mache, wer Tatsachen, Maßnahmen oder Gegenstände, deren Verrat die Republik schädigen kann, und die deshalb geheim bleiben sollen, zu dem Zwecke verrät, damit eine fremde Macht direkt oder indirekt von ihnen Kenntnis erhalte“. Tatsachen, Maßnahmen

oder Gegenstände — darunter kann alles mögliche verstanden werden. Ein ebenso unklarer Begriff ist die „Schädigung der Republik“, die durch den „Verrat“ solcher Tatsachen angeblich bewirkt werden kann. Welcher Art muß diese „Schädigung“ sein, wenn eine Strafbarkeit eintreten soll? Muß diese „Schädigung“ den Bestand und die Sicherheit der Republik betreffen, oder genügt schon der „Verrat“ einer Tatsache, welche ihren Ruf oder — was nunmehr in der tschechoslowakischen Gesetzgebung auch schon eine Rolle spielt — ihre „Würde“ zu schädigen geeignet ist? Der Vorlaut des Entwurfes läßt dem Gerichte alle Auslegungsmöglichkeiten offen. Jede Korruptionsaffäre — an denen bisher in diesem Staate gerade kein Mangel war — die von Funktionären des Staates begangen wurde, ist schließlich geeignet; wenn sie in der Presse besprochen, also einer „fremden Macht indirekt zur Kenntnis gebracht“ wurde, die Grundlage für einen strafbaren Tatbestand abzugeben, denn schließlich ist das Bekanntwerden solcher massenhafter Korruptionsaffären gewiß geeignet, die Republik, ihr Ansehen oder ihre „Würde“ zu schädigen. Allerdings wäre an dieser Schädigung der Republik weniger die Tatsache des Bekanntwerdens dieser Affäre im Auslande schuld, als vielmehr die Tatsache der Korruptionsaffäre selbst. Doch die Regierung scheint der Ansicht zu sein, daß jene, welche Korruption treiben, weniger die Republik schädigen, als etwa die Zeitungen, welche davon Kenntnis nehmen, denn während die unterschiedlichen Korruptionäre auch künftighin im schlimmsten Falle vor den ordentlichen Gerichten sich zu verantworten haben werden, will sie den „Verrat“ dieser „Tatsache“ nach dem — Ausnahmungs — Gesetze bestrafen. Als die Regierung die unglückseligen Baumwolleneinfuhr machte, war das Bekanntwerden dieser „Maßnahme“ gewiß geeignet, das Ansehen der Republik, d. h. ihrer Staatswirtschaft zu „schädigen“. Wie, soll nun der einfache Staatsbürger erkennen und ermessen, daß es sich hier möglicherweise um ein

„staatliches Geheimnis“ handelt, auf dessen „indirektem Verrat“ eine Strafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren gesetzt ist? Es kann sich der Fall ereignen, daß die Schuldigen an einem solchen „staatlichen Geheimnis“ mit ein paar Monaten Gefängnis davonkommen, während dessen „Verräter“, denen dabei die Absicht, „die Republik zu schädigen“, nicht schwer nachzuweisen sein wird, ebensowiel Jahre Kerkerstrafe zubüßend erhalten. Man sage nicht, das sei Uebertreibung. Dieses Gesetz macht alles möglich.

Ein besonderes Kapitel handelt vom Schutze des Präsidenten der Republik gegen Beleidigungen. An sich schon müßten gegen diese Bestimmungen die schwersten Bedenken erhoben werden. Eine Beleidigung des Präsidenten hört damit auf, ein Privatdelikt zu sein und wird nunmehr der Verfolgung durch den öffentlichen Ankläger unterliegen. Das bedeutet die Wiederkehr ähnlicher Verhältnisse, wie sie zurzeit der Geltung des Majestätsbeleidigungsparagraphen bestanden: die Denunziation, die auf dem vom Nationalitätenhader gedüngten Boden eine gute Fruchtstätte findet, wird wieder prächtig gedeihen. Die Stellung der Ehre des Präsidenten unter staatlichen Schutz erinnert an die Zeit des Gottesgnadentums, da das Staatsoberhaupt, sei es absolut herrschend, mit dem Nimbus der Unfehlbarkeit und Unantastbarkeit sich umgab, sei es als konstitutioneller Repräsentant des Staates, dem Kampfe der politischen Parteien entzogen werden sollte. Die Stellung des freigewählten Oberhauptes der demokratischen Republik ist schon grundsätzlich eine andere, als die Stellung seiner monarchistischen Vorgänger, obwohl bei uns gewisse Areife den bescheidenen und schlicht-vornehmen Majarnt oft zu Tingen veranlassen, die eine Nachahmung der verblieben geglaubten Hoffitten bedeuten. Entscheidend aber ist, daß der Präsident es — mit Recht oder Unrecht bleibe unerörtert — nie gescheut hat, durch Enunziationen zu nationalen, kulturellen und sozialen Fragen Stellung zu nehmen, ja sogar in den politischen Tageskampf einzugreifen. Solange die Stellung des Präsidenten nicht eine rein repräsentative geworden ist, erscheint es unfassbar, wie man dazu gelangen konnte, seiner Ehre einen stärkeren Schutz angedeihen zu lassen, als jedem anderen Staatsbürger, denn jede Polemik gegen eine von ihm geäußerte Stellungnahme kann — wie es im Entwurfe heißt — als „Beschimpfung“, „schlechte Behandlung“ oder „Drohung mit schlechter Behandlung“ ausgelegt und vom Staatsanwalt verfolgt werden. Das kann zu hübschen Zuständen führen, dies umso mehr, als der Entwurf nicht nur Beleidigungen des Präsidenten von staatswegen ahnden will, sondern auch Verletzungen der — Ehrfurcht vor ihm! Wohl vermeidet der Entwurf, sich dieses ominösen, an den monarchistischen Ehrfürchtsparagraphen des alten Strafgesetzbuches erinnernden Wortes zu bedienen, aber indem er festlegt, daß jeder bestraft wird, der den Präsidenten „einer Handlung beschuldigt oder von ihm eine Tatsache behauptet“, obwohl er weiß, daß er dadurch seine Ehre gefährdet“, so kommt dies einer Wiederherstellung des Ehrfürchtsparagraphen gleich. Das Schreckendste aber ist, daß der Präsident auch schon durch — Gebärden (!) beleidigt werden kann. Für eine „Gebärde“ — was ist darunter zu verstehen? — acht Tage bis sechs Monate Gefängnis! Du demokratischer Staatsbürger — merkte was?!

Auch das vorstehend Gesagte schöpft den Entwurf nur zu einem geringen Teile aus. Je mehr man in dieses „Schulgesetz“ einbringt, umso ungeheuerlicher muß man es finden. Man staunt dabei nur über eines: über die Umstände, die sich die Verfasser des Kaufschulgesetzes gemacht haben, als sie in 42 Paragraphen den Willen einkeilbieten, mit der Demokratie aufzuräumen. Ein einziger Paragraph: „Jeder Staatsbürger kann nach Belieben des Staatsanwaltes hinter Schloß und Riegel gesetzt werden“, hätte genügt und ihm wäre wenigstens der Vorzug der Aufrichtigkeit nicht abzuspochen gewesen.

Schulnote ohne Ende.

Die berechtigten Klagen der deutschen Bevölkerung über die systematische Schädigung ihres Schulwesens nehmen an Zahl zu, fast allmählich zu verstümmen, weil die tschechischen Behörden Schritt für Schritt die Erziehung der Deutschen in den Schulen betreiben. Das tun sie im kleinen wie im großen: keine entlegene Dorfschule ist ihnen unheimbar genug, kein Einzelfall unbedeutend genug, um nicht die Deutschen fühlen zu lassen, daß sie hierzulande nur Bürger zweiten Ranges sind, und noch weniger scheuen sie offensichtlichen Gesetzes- und Rechtsbruch, wenn es sich um einen tief eingreifenden Verstoß gegen das amnoch geltende Sprachenrecht handelt. Für alles hier gefasste liefern Interpellationen neues Material, welche von Abgeordneten unserer Partei an den Minister für Schulwesen und Volksschulen, beziehungsweise an den Finanzminister gerichtet worden sind.

Wie energisch und strupplos die hohe Schulbürokratie gleich aufs Ganze geht, zeigt die Anfrage der Genossen Dr. Czoch, Cermak und Hillebrand über die seltsame Neuordnung des Dienstverkehrs zwischen den Schulbehörden verschiedener Instanz. Es steht fest, daß vom 1. Jänner 1923 an im Sprachunterricht der deutschen Schulbehörden untereinander eine durchgreifende Aenderung eingetreten ist. Die deutschen Abteilungen der Landesschulräte verkehren seit dem genannten Tag mit den deutschen Bezirkschulrätschleuten nicht mehr in deutscher, sondern in tschechischer Sprache, und wenn das Entgegenkommen weit geht, fügen sie eine deutsche ununterschiedene, also unoffizielle Uebersetzung bei. Demnach sollen die deutschen Landesschulräte und Schulleitungen mit der gleichen Neuerung beglückt werden. So unabweisbar der Schicksal ist, daß der neue Vorgang, weil er überall an demselben Tage einsetzte, eine abgekartete Sache ist, so unauffindbar ist die Dienststelle, welche die einschneidende Aenderung verfügt hat. Niemand bekümmert sich um den heimlichen Auftrag, nicht das Ministerium und nicht die Präsidenten der Landesschulräte, man hat also nur „gewinkt“ und, an Gehörsam gewöhnt, parieren die unterstellten Beamten. Aber mit diesem Kababergerhoram ist es für die deutsche Bevölkerung nicht getan, denn die neue Ordnung bedeutet tatsächlich eine unantastbare Interpretation des Sprachengesetzes vom 19. Febr. 1920. Dessen Anwendung auf die Schulverwaltungen, die zum Teil ins Gebiet der Selbstverwaltung fallen, ist derart unstritten, daß man das Gesetz drei Jahre lang auf die innere Amtssprache der Schulbehörden nicht anzuwenden wagte, und überdies besagt der § 5, „daß die für die Angehörigen der Minderheiten errichteten kulturellen Institutionen in deren Sprache verwaltet werden sollen“. Selbst die noch ausstehende Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz, die nur unter Verantwortung des ganzen Ministerrates erlassen werden kann, dürfte also nicht anordnen, was sich seit dem 1. Jänner 1923 auf einen rätselhaften „Wink“ hin als Praxis einzuleben beginnt, und da soll man nicht sagen, daß die Zustände der Tschechoslowakei sich von denen eines türkischen Paschaliks nicht sonderlich unterscheiden! Die wenigen Wochen, die uns das „Schulgeseh“ noch gönnt, ungescheit die Wahrheit zu sprechen, wollen wir wenigstens nicht vorübergehen lassen, ohne die bittere Wahrheit in die Welt zu schreiben.

Rehlich steht es mit einem zweiten Amtsmißbrauch, den sich Schul- und Finanzministerium zusammen geleistet haben und der von den Genossen Hillebrand, Hoffmann und Heeger angezweifelt wird. Es werden nämlich auch in deutschen Gebieten die Schulleitungen gezwungen, die „Zahlungslisten“, das sind die Gehaltsquittungen ihrer Lehrer, nur in tschechischer Sprache den Steuerämtern zu übergeben, und ebenso sind die komplizierten

Fragebögen, auf Grund deren die neuen Gehalte der Lehrer bemessen werden sollen, bloß in der Staatsprache abgefaßt. Die deutschen Lehrer sind zwar zur Kenntnis der tschechischen Sprache nicht verpflichtet und die Staatsbehörden sind zwar gehalten, in Gebieten, wo eine Minderheit mindestens 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht, Eingaben — und Gehaltsquittungen sind nichts anderes — zu übernehmen, aber wer wird sich wegen einer kleineren Gesetzesübertretung aufregen? Wer die Mehrheit hat, hat auch das Recht, denken sich unsere Paschas, und damit basta!

Still und unauffällig, nicht durch ein Trommelfeu von Verordnungen, sondern durch die bürokratische Tat werden hier große Streitfragen unseres Sprachenrechtes erledigt. In anderen Fällen begnügt man sich, arme Teufel von Einzelindividuen den Herrn fühlen zu lassen. Da erzählen die Genossen Hackenberg, Taub und Häusler, wie man es in Mähren deutschen Eltern, die zufällig einen tschechischen Namen haben, unmöglich macht, ihre Kinder deutsch zu erziehen. Auf Grund der mißbräulich ausgelegten „Leg Verel“ werden zuerst die Kinder aus der deutschen Schule herausreframiert und nun stehen sie vor der schweren Aufgabe, ohne ein Wort tschechisch zu können, die tschechische Schule zu besuchen. Um diesem Unsin vorzubeugen, haben es einige Eltern versucht, ihre Kinder zu Hause deutsch unterrichten zu lassen. Das Recht steht auf ihrer Seite, zu Besuch einer öffentlichen Schule kann niemand gezwungen werden. Tut nichts, der häusliche Unterricht wird zur „Fernhaltung vom Unterricht“ umgelogen, es regnet Sektaturen, Vorladungen, Strafmandate, ein Arbeiter und eine Arbeiterin aus Mährisch-Christau, wobei ersterer seltsamer Weise zwei „tschechische“ und drei „deutsche“ Kinder haben soll, werden zu hundert und dann zu tausend Kronen, beziehungsweise zu einigen Arresttagen verdonnert. So geschehen in einem Rechtsstaat und in einer „demokratischen Republik“ zur höheren Ehre der tschechischen Nation. Wer es gleich uns in den Fingern zucken fühlt, eine vernichtende Satire zu schreiben, begreift, weshalb die vorsichtigen Berufsvereine ihr Schutzgesetz bauen.

Wie sinnlos die Schuldrosselungen betrieben werden, lehren zwei neue Beispiele. In Troppau wird, wie die Genossen Joll, Heeger und Hoffmann ausführen, die deutsche Lehrerbildungsanstalt, die einzige des Landes, „abgebaut“, trotzdem es in Westschlesien rund 230.000 Deutsche und 119.000 Tschechen gibt und die Tschechen in Troppau und (für Ostschlesien) in Polnisch-Strau je eine vollständige Lehrerbildungsanstalt haben. Das Unrecht springt, wenn man die Bevölkerungsfiguren vergleicht, in die Augen und es steigert sich zum Unsin bei der Erwägung, daß in einigen Jahren ein empfindlicher Mangel an deutschen Lehrern eintreten muß. Denn jährlich scheiden ungefähr dreißig Lehrkräfte aus und woher sie ersetzen, wenn kein Nachwuchs da ist? Oder will man später die Sperrung weiterer deutscher Schulen mit dem jetzt künstlich eingeleiteten Aufhören des Nachwuchses und mit Lehrermangel rechtfertigen? Das Manöver wäre doch gar zu plump und darum ist die Forderung der Interpellation durchaus berechtigt, den „Abbau“ der deutschen Lehrerbildungsanstalt in Troppau wieder rückgängig zu machen.

Zunehmend, bei dieser Sperrmaßnahme sieht man einen, wenn auch schlechten, Zweck. Was soll man aber zu der von den Genossen Schäfer, Häusler und Hackenberg bekämpften Auflassung der Winterexpositur in Niedersdorf (Bezirk Landkron) sagen? Das Dörfchen ist unglücklich gelegen, daß bis zur nächsten Schule nach Reudorf dreieinhalb Kilometer schlechtesten, ja gefährlichen Weges zurückgelegt werden müssen. Wie wenig die Wanderung nach Reudorf Kindern zugemutet werden kann, beweist die Tatsache, daß die tschechische Gemeindevertretung von Nieders-

dorf, als die deutsche Schule dort aufgelassen wurde, bejammert hat, vom Oktober bis Mai eine Zirkelklasse der Reudorfer Schule in Niedersdorf zu führen. Und nun ging das Spiel los: die Zirkelklasse wurde bald, wie es Landes- und Ministerium gefiel, eröffnet und bald geschlossen, augenblicklich ist sie zu und die Kinder gehen, weil sie nach Reudorf nicht gehen können, überhaupt keinen Unterricht. Wenn zum Vorteil? wird man fragen. Niemandem. Aber siebzehn arme Teufel von Kindern und deren Eltern merken wenigstens, was für ein herrliches Ding es ist um einen „Nationalstaat“ und um dessen kampfhaftes Bemühen, sich als „Nationalstaat“ zu erweisen.

Inland.

Um den Mieterschutz.

Die Mieterschutzpötkta trat im Abgeordnetenhaus zu einer Beratung über die Novellierung des Gesetzes über den Mieterschutz unter Vorsitz des Abg. Vinovec zusammen. Es wurde zunächst das Ergebnis der Enquete der Vertreter der Organisationen der Mieter, Mietervereine und Hausbesitzer behandelt, die vergangenen Montag im Ministerium für soziale Fürsorge stattgefunden hat. Einige in dieser Beratung vorgelegene Beschwerden werden bei der Novellierung berücksichtigt werden. In der Beratung kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die bisherige Mieterschutzgesetz die Wohnungsfrage in nicht genügendem Maße löst und daß die Wirksamkeit des Mieterschutzgesetzes illusorisch wird, wenn die freigewordenen Wohnungen in den alten Häusern von den Hausbesitzern nicht neuerlich vermietet werden. Es wurde nämlich festgestellt, daß überall dort, wo das Gesetz über die Neubewegung zum Bauen von Familien- und Zinshäusern benützt wird, in die sich die Mieter alter Wohnungen ansiedeln, die Hausbesitzer die alten Wohnungen nicht neuerlich vermieten, sondern sie entweder zu ihrem eigenen Gebrauch behalten, oder zwecks Spekulation leer stehen lassen. Sie rechnen damit, daß ein Haus mit leeren Wohnungen einen höheren Verkaufspreis erzielt als ein von Mietern vollbesetztes Haus. Aus diesen Gründen denkt man an eine Novellierung des Gesetzes in dem Sinne, daß die Gemeindeväter bevollmächtigt werden, dort, wo der Hausbesitzer sich weigert, eine freigewordene Wohnung zu vermieten, diese selbst an Wohnungssuchende zu vergeben.

In der Sitzung überreichte auch der nationaldemokratische Abgeordnete Dr. Lufabásky den Antrag, die Zinse im November um 10 Prozent zu erhöhen. Diefem Antrag widersprechen die sozialistischen Parteien und es wurde über ihn keine Entscheidung gefaßt. Die Kommission beschloß weiter einen größeren Schutz der Mieter, die von den Mietern in leeren Häusern ausgebeutet werden, wie dies auch bei der montägigen Enquete zutage trat. Es wird in das künftige Gesetz daher eine Bestimmung aufgenommen werden, nach der der Mieter, der von seinem Vermieter wucherische Zinse verlangt, außerhalb des Mieterschutzgesetzes gestellt wird, und zwar so, daß er geahndet werden kann. Die Beratungen der Mieterschutzpötkta werden nächste Woche fortgesetzt werden.

Eine treffliche Antwort. Die Bezirksorganisation Telyplj unserer Partei hat die an sie gerichtete Aufforderung der Kommunisten, einen Vertreter in den dortigen kommunistischen Arbeitslosenrat zu entsenden, mit folgender treffender Antwort abgelehnt:

Die Arbeitslosenräte sind unserer Ueberzeugung nach nichts anderes, als Instrumente der kommunistischen Partei, die es ihr ermöglichen sollen, unter den Arbeitslosen Anhänger zu werben. Daß die Arbeits-

losenräte für die Arbeitslosen keinerlei praktische Arbeit zu leisten imstande sind, weiß die kommunistische Partei und wissen die Leiter des Arbeitslosenrates sehr wohl. Sie wollen jedoch den Anschein erwecken, als wäre mit den Arbeitslosenräten den Arbeitslosen ein Hilfsmittel geboten, damit die Arbeitslosen sich dann vertrauensvoll der kommunistischen Partei zuwenden, die ihnen dieses Mittel gegeben hat. Wir lehnen es ab, der kommunistischen Partei zu ihrem Versuch, sich an die Massen heranzuschleichen, auch noch den Mantel der Neutralität durch unsere Beteiligung an den Arbeitslosenräten zu liefern. Wir lehnen aber auch die Teilnahme an den Arbeitslosenräten ab, weil wir nicht teilnehmen wollen an der bewußten Täuschung der Arbeitslosen, die in der Erweckung der Hoffnung besteht, der Arbeitslosenrat könne für sie etwas tun. Wir lehnen die Teilnahme am Arbeitslosenrat aber auch grundsätzlich ab deshalb, weil die berufenen Organisationen zur Durchführung aller denkbaren möglichen Aktionen und Interventionen für die Arbeitslosen die Gewerkschaften sind. Was außerhalb der Gewerkschaft, vor allem auf politischen Gebieten zu leisten möglich ist, versucht die sozialdemokratische Partei. Wie grundsätzlich richtig das Vorgehen unserer Partei ist, beweist die Tatsache, daß alle kommunistischen Forderungen in der Arbeitslosenfrage im großen und ganzen der sozialdemokratischen Forderungen nachgebildet sind. Diese Ablehnung der Arbeitslosenräte und die Weigerung, zu ihnen Vertreter unserer Partei zu entsenden, ist eine endgültige.

Diese Antwort löst an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und berechtigt zu der Hoffnung, daß die Kommunisten auch anderwärts es nicht mehr wagen werden, für ihre demagogischen Anbiederungsversuche an die Arbeitslosen die sozialdemokratische Partei als Rückhalt zu benutzen.

Das Gesetz über die Errichtung des Staatsgerichtshofes wird dem Parlament in der heutigen Sitzung vorgelegt werden. Es handelt sich um eine Einrichtung aufgrund des Gesetzes zum Schutze der Republik; eine Reihe von Vergehen gegen das Gesetz wird nämlich von vier Staatsgerichtshöfen, die ihren Sitz in Prag, Brünn, Preßburg und Kaschau, also am Sitze der Landesgerichte, haben werden, abgeurteilt werden. Diese Gerichte, deren Mitglieder der Präsident der Republik ernannt, werden aus drei Berufsrichtern und drei Juristen, die aber nicht Advokaten sein müssen, bestehen. Die Entscheidungen dieser Staatsgerichtshöfe werden entgegen dem ursprünglichen Plan beim Obersten Gerichtshof ansehbar sein. In der nächsten Woche soll dem Abgeordnetenhaus ein Gesetz über die Pflichten der Staatsbeamten im Zusammenhang mit dem Schutze der Republik zugehen. — Wie wir von anderer Seite erfahren, werden die Mitglieder der Staatsgerichtshöfe nicht vom Präsidenten ernannt, sondern vom Abgeordnetenhaus gewählt werden. Ferner wird das Gesetz eine Bestimmung enthalten, wonach die Staatsanwälte angewiesen werden, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, ob das Vergehen vor die Staatsgerichtshöfe oder vor die Geschworenengerichte kommen soll.

Die Zeitschrift „Kommunist“ hat ihr Erscheinen eingestellt. Das Blatt wurde seinerzeit gegründet, als die Linke in der tschechischen Sozialdemokratie entstand und führte damals den Namen „Socialni Demokrac“. Nach der Gründung der kommunistischen Partei wurde der Titel in „Kommunist“ geändert und es wurde als Diskussionsorgan benützt. Bekannt sind die Vorgänge, welche vor einigen Wochen dazu geführt haben, den Herausgeber des Organes Sture wegen seiner Opposition zu Schmeral dieses Amtes zu entkleiden. Nachdem also die Diskussion mit Gewalt unterdrückt war, hat das Bestehen eines Diskussionsorganes keinen Sinn mehr.

Vom Wesen der technischen Arbeit.

Von Billy Möbus.

Vom Wesen der technischen Arbeit machen sich auch heute noch im vielgepriesenen Zeitalter der Technik ungezählte Menschen völlig falsche Vorstellungen. Die Verquickung von Handwerk und Wissenschaft hat es mit sich gebracht, daß bei der gerade unter den sogenannten „gebildeten“ Kreisen herrschenden Bevorzugung der reinen Geisteswissenschaften die technische Arbeit, deren Ergebnisse man sich sehr gern gefallen läßt, nicht so gewertet wird, wie es ihren Leistungen entspricht. Es mag auch zugegeben werden, daß es leichter ist, die Arbeit des Arztes oder anderer praktischer Wissenschaftler zu beurteilen als die des Ingenieurs, die sich zum größten Teile unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollzieht und nur ihre Ergebnisse der stannenden Menge darbietet.

Alles technische Schaffen beruht auf Anschauung. Es fordert vom Ingenieur die Fähigkeit, plastisch denken zu können. Raum- und Formvorstellung müssen ihm gleichsam angeboren sein. Darüber hinaus soll er in allen Zweigen der Technik bewandert sein. Mathematik und Mechanik sind sein tägliches Rüstzeug. Er soll die Wärmelehre, das Verhalten der Gase und Dämpfe und die kinematischen Vorgänge kennen. Er soll auf dem Gebiet der Hydraulik so gut bewandert sein wie auf dem der Elektrotechnik. Selbstverständlich stellt auch hier die Praxis Spezialaufgaben, so daß nur ein kleiner Teil aller Kenntnisse jeweils benötigt wird. Die Konstruktionen des Ingenieurs sollen

so einfach wie nur irgend möglich sein und dabei dennoch den höchstmöglichen Leistungsgrad erreichen. In der Beschränkung erst zeigt sich der Meister. Dieser Satz gilt ganz besonders für den Ingenieur. Oft hat er bei seinen Arbeiten die widersprechendsten Forderungen zu erfüllen. Das verlangt eine ungeheure Fleißarbeit. Es ist ganz falsch zu glauben, daß die Konstruktionen, die in stillem Schaffen erdacht, durchgerechnet und schließlich gezeichnet wurden, nun auch mit dem ersten Hieb den an sie gestellten Anforderungen und den in sie gesetzten Hoffnungen entsprechen. Der praktische Versuch gibt die Quittung darüber, ob richtig gedacht und richtig gerechnet wurde, er läßt auch erkennen, wo besserer Hand anzulegen ist. Hier mischt sich die Wissenschaft mit der Erfahrung.

Wie sich die technische Arbeit vollzieht, möge nun an einem ganz einfachen Beispiel erläutert werden: Ein Schlosserlehrling, der mit großem Interesse bei der Sache war, wurde vom Schöpferwillen ergriffen und er beschloß sich ein Paar Röllschuhe zu bauen. Überall, wo er Röllschuhe sah, stahl er mit den Augen, soviel er konnte. Eines Tages machte er sich daran, eine Zeichnung anzufertigen. Rein gefühlsmäßig — die Geheimnisse der Festigkeitslehre waren ihm noch nicht geläufig — zeichnete er seine Röllschuhe so, wie es ihm zweckmäßig erschien, machte Einzelzeichnungen für jedes Teil mit genauen Maßangaben, wie er es in der Werkstatt gesehen hatte. Und dann begann eine Zeit des heimlichen Bauens. Denn es stand ihm die Werkstatt mit all ihren Einrichtungen nicht offiziell zur Verfügung. Er wurde also zum Verbrecher an der geheiligten Fabrik-

disziplin. Jede Minute, die er irgendwie verwenden konnte, war seinem heimlichen Werke gewidmet. Große Mühe verursachte die Materialbeschaffung. Nach und nach wurden die Teile fertig. Das Obertheil, auf dem der Fuß ruhen sollte, bestand aus einfachem Blech. Gummipuffer, die zur Lenkbarkeit nötig waren und die gehörige Federung bewirkten, wurden aus einzelnen Scheiben des zum Abdichten verwendeten Gummis hergestellt. Da ihm keine Kugellager zur Verfügung standen, war er bestrebt, die Reibung durch besondere Konstruktion der Räder zu vermindern, kurz jeder einzelne Teil wurde unter Berücksichtigung der vorgedachten Mittel sorgfältig durchdacht. Und dann kam der große Tag, an dem die erste Probefahrt gewagt werden konnte. Eine abgelegene Asphaltstraße war die Fahrbahn. Zunächst klapperte die Sache auch. Er bewegte sich leicht auf dem glatten Pflaster vorwärts, es ließen sich Kurven fahren, kurz alles schien wunschgemäß gelungen zu sein. Nach dem Abfahren der Röllschuhe aber zeigte es sich, daß sie infolge der Belastung in der Mitte durchgebogen waren, auch hatte es den Anschein, als ob sie zuletzt nicht mehr so leicht gerollt wären wie am Anfang. Nun begann eine Zeit des Befesterns. Die Fußbleche wurden versteift, die Gummipuffer durch Vollgummi, der nach langem Suchen gefunden war, ersetzt. Dann kamen wieder Probefahrten. Die Sache ging schon wesentlich besser und nun wollte er den Angehörigen seine Arbeit vorführen. Man ging also zur „Reimbahn“. Siegesgewiß schnallte er seine Röllschuhe an und fuhr stolz davon, um schon nach wenigen Minuten auf der Nase zu

liegen: ein Rad hatte sich gelöst. Die Befestigung der Räder war, wie sich nun herausstellte, völlig unzulänglich. Die sein erdachte reibungsvermindende Konstruktion war die Ursache. Aber der Junge war zäh. Er sparte, bis er sich die Kugellager beschaffen konnte, und nun befanden die Röllschuhe ihre Prüfung in langen Dauerfahrten nach jeder Richtung.

Bei der Herstellung von Apparaten und Maschinen für den Markt wird in ganz ähnlicher Weise verfahren. Hier wird jedoch nach allen Regeln der Wissenschaft die Festigkeit der Teile vorher berechnet. Trotzdem können sich bei besonderen Konstruktionen die Berechnungen als unzulänglich erweisen. Ähnlich wie dem simplen Röllschuh erging es in neuerer Zeit einem Transportwagen, der zur Verbesserung äußerlich schwerer Maschinenteile konstruiert war. Trotz der sorgfältigen Berechnung und trotz der scharfen Abnahmeprüfung durch Korporanten der Ingenieurwissenschaften vernachte der Wagen dem ihm zugeordneten Lasten nicht zu widerstehen und er bog sich in der Mitte durch. Es gibt aber auch Teile, die jeder Berechnung spotten, z. B. die sehr komplizierten Zylinderhauben der Dieselmotoren. Hier kann auch nur der Versuch endgültige Auskunft geben. Die Materialfrage ist eine äußerst wichtige Angelegenheit. Von der richtigen Beschaffenheit des Materials hängt sehr viel für den Erfolg ab. Wenn schließlich die erste Maschine eines neuen Typs auf dem Prüffeld läuft, dann beginnt die Zeit des Probierens und Verbesserns, die Nerven und Ausdauer erfordert. So hat der Erfinder des Dieselmotors mit einem Stabe tüchtiger Fachleute fünf Jahre lang geprüft und ver-

Rector Steinberg — zurückgetreten.

Donnerstag nachmittag sprach der Rector der deutschen Universität, Professor Dr. Steinberg, im Schulministerium vor, um seinen Rücktritt vom Rektorat formell anzumelden. Wie uns von der Kanzel der deutschen Universität mitgeteilt wird, hat Rector Steinberg auch sein Rücktrittsgesuch vorgelegt. Gemäß den gestellten Bestimmungen können die vom Ministerium bestätigten akademischen Würdenträger nur mit seiner Zustimmung ihr Amt niederlegen. Bis zum Einlangen dieser Zustimmung führt Professor Steinberg die Rektoratsgeschäfte weiter.

Ueber die Gründe, welche den Rector bestimmt haben, sein Amt niederzulegen, hat er folgendes mitgeteilt:

„Mein Rücktritt erfolgt weder aus Gesundheitsrücksichten, noch aufgrund eines Kompromisses oder irgendwelcher Verhandlungen, es fehlt auch ein äußerer Anlaß, da seit dem November 1922 die Ruhe an der Universität nicht gestört worden ist, aber es liegt auf der Hand, daß mein Rücktritt mit diesen Vorgängen im November zusammenhängt. Weshalb ich bis heute auf meinem Posten geblieben bin, habe ich vor einigen Tagen auf dem Kommerz der freirechtlichen Burschenschaften dargelegt. Ich habe es für ein Gebot der Ehre gehalten, vor den Angriffen und Eigenwilligkeiten aller Art, mit denen ich überschüttet worden bin, nicht zurückzuweichen, sondern in meinem Amte zu bleiben, solange es mir entsprechend erschien und solange ich in völliger Freiheit zurücktreten kann. Dieses Ziel ist erreicht: es sind drei Monate seit Ausbruch des Streiks der arischen Studenten abgelaufen, und zwar in voller Ruhe. Ich will nicht leugnen, daß ich in den wenigen Monaten meines Rektorats Ueberraschungen erlebt habe, aber darunter sind auch solche erfreulicher Natur gewesen. Daß ein Teil der Professoren, nicht nur auf der philosophischen Fakultät, der ich angehöre, und deren Wahlmänner mich als Kandidaten für die Rektorswahl aufgestellt haben, sondern auch Mitglieder anderer Fakultäten auf Anregung meiner verehrten Kollegen Biedl, Zoner und Wieschowski mir damals in solenner Form das Vertrauen ausgesprochen haben, verpflichtet mich zu wärmstem Danke. Die Erfreulichste war jedoch, daß ein beträchtlicher Teil der Studentenschaft in der entschiedensten Weise gegen den Streik, gegen die gewaltsame Störung der Vorlesungen und für mein Verbleiben als Rector sich ausgesprochen hat. Studenten, die ganz verschiedenen Richtungen angehören, die deutschfreisinnigen, die in der Weise und Redeweise vereinigt sind, die sozialistischen Akademiker und die jüdischnationalen Studenten. Sie alle haben erkannt, daß es sich bei dem Kampfe gegen mein Rektorat am allerwenigsten um meine Person handelt, sondern um prinzipielle Fragen: um die wahre akademische Freiheit ohne Vorrechte für die einen und ohne Zurücksetzung der anderen, um die volle Gleichberechtigung der Konfessionen und um die in Prag so wichtige Frage, wer als Deutscher anerkannt wird. Ist dieser Kampf, zu welchem mein Rektorat nur den Anstoß gegeben, für alle freirechtlich Gesinnten schmerzlich gewesen, so hat er doch sein Outes gehabt: weite Kreise haben über die wahren Verhältnisse an unserer Universität Aufklärung erhalten.“

Die Meldung vom Rücktritt des Rectors Steinberg überrascht und betrübt. Betrübte umso mehr, als dieser Mann damals, als der Kampf um das Prinzip an seiner Person entbrannte und aufloberte, felsenfest und unerschütterlich auf seiner Meinung beharrte und so zu jener Zeit auch den Gegnern Achtung abzwang. Er wich dem Terror nicht und blieb auf seinem Posten. Aber er blieb nicht — wie sich jetzt leider herausstellt —, weil

bessert, ehe die Maschine den Anforderungen entsprach. Und wenn solche eine Maschine auf dem Probierstand endlich das leistet, was sie leisten soll, ist die Arbeit noch lange nicht beendet. Die moderne Industrie ist auf Massenproduktion eingestellt und verlangt daher, daß die einzelnen Teile so geformt sind, daß sie auch in Massen erzeugt werden können. Die Teile müssen für weitestmögliche Bearbeitung geeignet sein. Sie sollen den geringsten Kosten- aufwand verursachen. Das Moment der Wirtschaftlichkeit darf bei der ganzen Arbeit keinen Augenblick neben den rein technischen Fragen vernachlässigt werden. Da gibt es denn noch manche Aenderung. Güsterte müssen andere Formen bekommen, bei einigen Teilen erweist sich das benutzte Material für die Massenfabrikation als ungeeignet. Solche und andere Mängel müssen beseitigt werden, ehe sich die Herstellung einer neuen marxistischen Maschine gewissermaßen „von selbst“ vollzieht.

Damit dürfte auch der Unterschied zwischen der rein handwerkemäßigen Herstellung der Koltschube durch unseren Lehrling und der Erzeugung hochwertiger Maschinen für den Markt klar geworden sein. Vom genialen Gedanken bis zum fertigen Werk ist ein weiter, unendlich mühevoller Weg und wer ihn geht, muß sich von vornherein darüber klar sein, daß seine Leistung in der kapitalistischen Wirtschaft als etwas Selbstverständliches hingenommen wird, für die man ihn einfach bezahlt, und daß er, genau so wie eine alte Maschine, „aus alte Eisen“ wandert, wenn seine geistige Spannkraft nachgelassen hat.

Die Liberalen Englands gegen die Ruhraktion.

London, 15. Febr. (A. N.) Viele liberale Fraktionen unterbreiteten besondere Zusätze zu Antwortadressen auf die Thronrede. Es wird nun gemeldet, daß sich beide Fraktionen auf einen gemeinsamen Zusatz geeinigt haben, den im Laufe der Debatte Asquith und Lloyd George begrüßten werden. In dem Zusatz wird erklärt, daß die französische Aktion nicht imstande ist, zur Eintreibung der Reparationszahlungen und empfohlen, daß zum Schutze des künftigen Friedens in Europa eine medizinische Sicherung gegen Angriffe in unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellenden internationalen Garantie zu suchen ist. In diesem Zwecke, so heißt es in dem

Zusatz, möge der Völkerbundrat aufgefordert werden, unverzüglich eine Sachverständigenkommission zu ernennen, die einen Bericht über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die beste Art der Durchführung der Reparationszahlungen zu unterbreiten hätte. Im Hinblick auf die kürzlichen Anzeichen, denen zufolge die Regierung der Vereinigten Staaten geneigt wäre, zu diesem Zwecke eine Konferenz einzuberufen, möge der britische Vertreter im Völkerbundrat beauftragt werden, darauf zu drängen, daß auch die amerikanische Regierung eingeladen werde, ihre Experten als Mitglieder dieser Kommission zu ernennen.

Rückichtslose Blockade.

24tägiger Generastreik in Essen.

Berlin, 15. Febr. (Eigenbericht.) Die Besatzungstruppen haben ihre Abwehrmaßnahmen noch nicht vollständig organisiert. Auf den meisten Stationen werden jedoch keine Waren mehr durchgelassen. Die Kontrolle wird äußerst rücksichtslos gehandhabt. Verschlossene Güterwagen bricht man ohne weiteres auf. Die Personenzüge werden auf das genaueste untersucht und es entstehen daher große Verzögerungen, sodass sich der Eisenbahnverkehr in größter Unordnung befindet.

In Essen wurde wegen der Verhaftung des Bürgermeisters Schäfer ein 24tägiger Generastreik proklamiert. Morgen verhandelt das Kriegsgericht über einige Anklagen gegen verhaftete Bürgermeister und Beamte wegen des Verstoßes gegen die Neutralität.

Die Anträge der französischen Kommandanten, gegen Verberatung Vorkriegslebensmittel zu arbeiten, hat die Arbeitererschaft überall abgelehnt.

Zur Befragung von Wefel und Emmerich.

Berlin, 15. Febr. (Wolff.) Der Reichskommissar für die belagerten rheinischen Gebiete hat der internationalen Hochkommission in der Frage der Häfen von Wefel und Emmerich folgende Note übergeben: Mit welchem Schrecken haben Sie mir jenes Weitergabe an meine Regierung zur Kenntnis gebracht, daß Wefel und Emmerich am 13. Febr. durch belagerte Truppen befreit werden sollen. Sie sprachen weiter aus, daß die belgische und französische Regierung darauf rechnen, daß die nötigen Schritte seitens der deutschen Regierung unternommen werden, um jeden Zwischenfall zu vermeiden. Das ist mir nicht veranlaßt, derartige Mitteilungen an meine Regierung weiterzuleiten und mache im übrigen darauf aufmerksam, daß mein Aufsehenkreis auf das vertragsgemäß besetzte Gebiet beschränkt ist. Von Kassel-Wildenburg.

Alles wird demontiert.

Paris, 14. Febr. (Havas.) Die Meldung der „Reinheits Gazette“, in welcher die Behauptung aufgestellt wurde, daß die französische Heere Maßnahmen zur Blockierung des Hamburger, des Bremer, des Stettiner und des Kieler Hafens getroffen hat, ist als Ausgeburt der wildesten Phantasie zu bezeichnen, gleich-

er zu jenen Männern gehört, die mit der Zucht, für die sie sich einmal eingesetzt, stehen und fallen, sondern er blieb nur vermöge seines allerdings hochachtbaren Ehrgeizes, das es ihm verwehrt, seinen Posten gerade im Augenblicke zu verlassen. Nun, da er die Schlacht mit Ehren geschlagen, hat ihm sein Panzer aus der Hand. Rector Steinberg tritt auch jetzt nicht „in völliger Freiheit“ zurück, und wir können nicht annehmen, daß er selber wirklich von der völligen Freiheit seines Ausschusses überzeugt ist. Denn wenn er auch seinem augenblicklichen „äußeren Anlaß“ weicht, so weicht er doch dem Willen und Wunsch der Gegner und dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob es sich um Gewalt und Terror oder um einen weniger laut sich äußeren Druck handelt. Rector Steinberg denkt in dem Augenblicke, da er Abschied von seinem Amte als Rector nimmt, mit warmen Worten und freudiger Dankbarkeit aller jener, die ihm zur kritischen Zeit ihr Vertrauen aussprachen und sich für sein Verbleiben auf dem Rektorsposten einsetzten. Gätte dieses Vertrauen, diese Stütze ihn nicht bewegen müssen, unter welchen Umständen auf seiner Stelle zu verharren? Steinberg hat das nicht getan, sondern ist nach halber Arbeit von seinem so mühsam gewonnenen Werke zurückgetreten. Dies ist zu bedauern und zwar eben deswegen, weil es sich nicht um seine Person, sondern um eine grundsätzliche Frage handelt. Nun hat er selber den Schritt getan, durch den diese prinzipielle Frage vorläufig im Sinne der gemeinsamen Feinde alles Fortschritts, im Sinne der Reaktion entschieden ist. Daß es sich nicht um mindestens um eine endgültige Entscheidung, sondern nur um einen Augenblickserfolg der rohen Gewalt handelt, steht fest und diese Tatsache läßt uns den Rücktritt des Rectors verdammen. Wir werden auch dieser Finsternisse noch Herr werden.

Gegen die Reaktion — der anderen.

Belanntlich ist es eine Leane, in der Trübsal zu leben, wenn sie marschiert an der Spitze des Fortschritts- und Freiheitskampfes. Die Luft, die wir atmen, ist erfüllt von dem Willen, jeden nach seiner Fassung sein werden zu lassen, wir kennen hierzulande keinen geistigen Zwang und keine kulturelle Bergewollung. Das ist für jeden so herrlich offenbar, daß das Blatt der Regierung, die tapfere Fortschrittsschmabin „Prager Presse“, das Recht und die Pflicht hat, die Reaktion in anderen Ländern mit ebener Energie zu bekämpfen. Aus dieser ihrer Aufgabe ist ihr der Keifer erwachsen, mit welchem sie sich gegen einen „Vorstoß der österreichischen Reaktion“ wendet. Der österreichische Bizekanzler Frank hat nämlich eine Verordnung erlassen, laut welcher in den Jahrsbüchern zur Volkszählung auch eine Rubrik „Rassezugehörigkeit“ zu stehen hat — sie auszufüllen ist man nicht verpflichtet. Die Verordnung bedeutet, was niemand leugnen kann, eine Verletzung vor dem schärfsten Geiste des Hakenkreuzes, aber purig ist es, wenn die „Prager Presse“ dagegen also Sturm rennt:

„Beunruhigt durch die Regierung, unternimmt das schwarze Österreich von ehemals unter den verschiedensten Vorwänden Attaken, die nur den einen Zweck haben, die fortschrittlichen Kreise, speziell aber die organisierte Arbeiterschaft zu reizen und die Position der Hakenkreuzler und der ihnen verwandten Frontkämpfer zu stärken. Wie schon früher so oft, marschiert auch diesmal Österreich an der Spitze jener reaktionären Staaten, die noch weit entfernt sind von dem Ideal jener Demokratie, die Europa so dringend braucht. Herr Dr. Seipel irrt, wenn er glaubt, daß dies die Position seines Landes stärkt. Die Sympathien der böhmischen politischen Junker wird er erringen aber jene der wirklichen Kulturländer nicht.“

So mag das Blatt der tschechischen Regierung über eine zwar perfide, doch alberne und ganz unwirksame Spiegelschere der Hakenkreuzler zu schreiben, während dieselbe tschechische Regierung sich ansieht, durch ein sehr wirksames und moralisch weit tiefereichendes Gesetz die Demokratie hierzulande zu erschlagen! Dort „Rassebestimmtes“ — hier Abkürzung jeder parlamentarischen Opposition, dort Hakenkreuz, — hier Bedrohung aller öffentlichen Kritik mit Zuchthaus, dort antisemitische Manöver — hier Ausdehnung des Polizeibehördensparagrafen auf jeden staatlichen „Würdenträger“, hier Beseitigung der Pressefreiheit, der bürgerlichen Ehrenrechte für jeden aufrechten Andersdenkenden, hier Kaserne und politischer Fricchhof! Wenn die „Prager Presse“ von „Demokratie“ spricht, löst einen genau so Gel und Brechreiz, wie wenn Frankreich seinen Anführer im Namen von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ beehrt, der keine Schüler Beneš erweist sich nur, wenn er seine Pressepflichten so schreiben läßt, seines großen Lehrers Voltaire würdig.

Hakenkreuzler Wollschad. Dr. Theodor Wollschad, ehemals Sozialdemokrat, jetzt deutscher Nationalsozialist, läßt nicht allzu viel von sich hören und das ist ein Glück, denn die unendlichen Menschen würden es nicht ohne weiteres ertragen, wenn diese traurige Blüte des Renegatenums sich durch allzu starken Duft bemerkbar machte. So oft die Gistblume Wollschad über ihren Reich öffnet, entströmen ihm Gerüche, die nur zu deutlich erkennen lassen, daß der des Sozialismus „milde Theodor“ immer tiefer in den Sumpf der Gelben versinkt. Am 14. „Hornung“ — also zu deutsch Feber heißt — veröffentlichte der Wollschad in der Tropenpaner „Neuen Zeit“, die von dem gelben Führer Jung herausgegeben wird, einen Leitartikel, in welchem er mit dem eines Doktors und Professors würdigen Argument „Sep, hep“ und „Aud, Aud“ über Sozialdemokraten und Kommunisten verhält. Da der Aufsatz nichts anderes enthält, als ein wütendes Geschimpfe auf die jüdischen Führer, erübrigt es sich, drauf einzugehen, zumal ja in aller Erinnerung steht, auf Grund welcher „Erfennnis“ der Wollschad zu seiner Here gegen Sozialdemokratie und Sozialismus gekommen ist. Seine Tätigkeit für die sozialdemokratische Partei bestand in der letzten Zeit, da er dieser anzugehören noch die Ehre hatte, in einem einzigen unbeherrschbaren Kampf nach einem Abgeordnetenmandat. Dies zu erreichen, war dem mit einem zweifelhaften Charakter ausgestatteten kein Mittel zu schlecht. Er war gerade beim Antisemitismus angelangt, als ihm die sozialdemokratischen Arbeiter — gelinde gesagt — den Laufpaß gaben. Der bescheidene Professor kann es nicht fassen, daß die Sozialdemokratie durch seinen Abgang nicht vernichtet wurde. Nun schreibt er im Blatte des Herrn Jung, daß „die kräftigen Naturen“ unter den sozialdemokratischen Arbeitern sich dem Kommunismus zuwandten. Den Nachsatz bleibt er schuldig: die verkommenen Naturen gingen zu den Gelben über. Herr Wollschad fühlt sich dort besonders wohl und hofft, daß man dort Verständnis für seine Charakterlosigkeit haben und ihm zu einem Mandat verhelfen werde. Wir würden das ganz in der Ordnung finden, denn man kann sich schwer jemandem vorstellen, den der Adel der Bestimmung besser zum nationalsozialistischen Führer befähigen würde, als den Theodor Wollschad.

Der Präsident und der Maler. Ueber das Gesetz zum Schutze der Republik macht in Prag folgender, gut erfundener Wit die Kunde: Zu Masarik kam ein junger Maler, um ein Porträt herzustellen. Der Präsident sah dem Maler bereitwillig eine volle Stunde und nahm dann das „Werk“ des Künstlers in Augenschein. Es

Berlin, 15. Febr. (Tsch. P. N.) Der Proteststreik der Stadtpoststellen und Arbeiter von Essen, gegen die Verhaftung des stellvertretenden Oberbürgermeisters Schäfer, dem sich die gesamte Geschäftswelt Essens angeschlossen hat, begann heute vormittag 11 Uhr. Sämtliche Geschäfte und Bureau waren geschlossen und die Posten verhängt. Durch den Streik ist den Fremden jede Verpflegungsmöglichkeit genommen.

Das Essener Rathaus besetzt.

Essen, 15. Febr. Zeit heute nachmittags durchfahren zahlreiche Panzerautos die Straßen. Das städtische Rathaus wurde in den frühen Nachmittagsstunden umzingelt. Eine große Anzahl französischer Soldaten drangen ins Theater ein, vor dem ein Doppelposten aufgestellt wurde.

wie die Meldung der „Frankfurter Zeitung“, welche sie aus New York erhalten haben will, und derzufolge die Kriegserklärung Frankreichs nahe bevorsteht. Ebenso sind als bloße Erfindungen allzu phantastischer Berichtserstatter die Meldungen über Vorkommnisse zu erklären, welche sich nach gewissen deutschen Blättermeldungen im Theater von Recklinghausen ereignet haben sollen, von wo, wie in Berlin bekannt wird, die Franzosen die Besucher mit der Reitsche verjagt haben sollten. (Die Agence Havas hätte sich hüten sollen, die erst erwähnten, hoffentlich wehrheitsgemäßen Demontis mit der Ablehnung des Recklinghauser Theatersbalds zu verbinden, dessen Richtigkeit verbürgt der Augenzeuger Genosse Stämpfer vom „Vorwärts“, und der verdient mehr Glauben als die Demontierung des Havas-Büros. T. Red.)

Die eingerückten französischen Eisenbahner unter den Fahnen zurückgehalten.

Paris, 15. Febr. (Tsch. P. N.) Die Kammer und der Senat haben heute nachmittags eine schriftliche Mitteilung des Kriegsministers zur Kenntnis genommen, wonach die Regierung beschließen habe, das zu Übungszwecken einberufene Eisenbahn- und Telegraphenpersonal vorläufig unter den Fahnen zu behalten. Es handelt sich um die nach dem Ruhrgebiete beorderten Eisenbahner und Telegraphisten.

Tages-Neuigkeiten.

Das Ruhr-Revier in der Dichtung.

Der Panzer.
Die dicke Brust schweratmend hingestemmt,
So läßt er Schlag für Schlag die Eisenpfade
In das Getöse, bis aus dem Sprung der Platte
Staub sprudelt und den Reichthum überflutet.

Am schwanken Naderblick des Grubenlichts
Winkert der nackte Körper wie metallisch;
Schweißtropfen kürgen, perlend im Falten,
Aus den weitoffenen Poren des Gesicht.

Der Bauer summt ein dummes Lied zum Takt
Des Hammers und zum Seel der spitzen Eisen
Und stockt nur, wie vor jagen Schreck gepackt.

Man hinten weit im abgetretenen Stollen
Sprengstoffe dumpt wie Donnerschläge rollen,
Und stockt und läßt die Lampe dreimal kreisen.

Besuch im Schacht.

Die Tären schlagen hoch im Weiterhocht
Und senkrecht sinkend, abgrundtief verscholl'n.
Mit dumpfem Ohr geht du in niederen Stoll'n
Endlos, rannlos, in Schweißigen tiefer Nacht.
Wöllsch, Artiere im Gestein,
Kriecht man auf Menschen, tropfend das Gesicht;
Wie heiße Bronze kühlt im trüben Licht
Ihr nackter Leib, gewöhlt ins Flöz hinein.

Weit hinten renst ein ungewisses Groß'n,
Wie man in Bergen ferne Rüge oft
Im Echo hört; dann wieder schweigt der Stoll'n,
Es klagt nur fort der Takt von Stein und Erz;
Auf einmal um die Ecke, unerbost,
Biegt groß der Kopf des Grubenpferds ...

Josef Windler.

war jämmerlich, Stümperarbeit eines Anfängers. Und der Präsident sagte zum Maler: „Lieber Freund, das ist doch ein Geschmier. Ich rate Ihnen, sich mit dem Bilde zu beeilen, bevor das Geseh zum Schutze der Republik herankommt, denn sonst könnte man sie einsperren.“ Der Maler wurde rot, überlegte eine Weile und erklärte dann: „Aber erlauben Sie, Herr Präsident, wenn Sie gesagt haben, daß dieses Bild ein Geschmier ist, so haben Sie sich einer Schmähung eines Bildes des Präsidenten nach dem Gesetze zum Schutze der Republik schuldig gemacht.“ Und dann lachten beide, der Präsident und der Maler. — Diese Anekdote ist im „Pravo Lidu“ veröffentlicht. Merkwürdig, daß sich die tschechischen Sozialdemokraten über dieses Geseh, dessen Miturheber sie doch sind, lustig machen. Man sollte meinen, daß gerade ihnen jetzt der Humor vergehen sollte.

Ewald Vogtherr gestorben. Am 13. Feber ist der braunschweigische Minister Genosse Ewald Vogtherr einem Schlaganfall erlegen. Der Verstorbene war seit seiner Jugend in der Partei tätig und gehörte seit 1896 mit Unterbrechungen dem deutschen Reichstag an. Seit Dezember 1914 stand er innerhalb der Partei in Opposition und wurde später Mitglied der unabhängigen Sozialdemokratie. An dem Werke der Wiedervereinigung bei der sozialistischen Partei gebührt ihm ein hervorragender Anteil. In Braunschweig war er Redakteur des „Volkswrunders“ und wurde vor kurzer Zeit in die Regierung gewählt. Vor ungefähr 15 Jahren hat er anlässlich des Friedenskongresses auch in Pöhmien gewirkt und in Prag in einer Versammlung gesprochen.

Das Preisanschreiben der sozialistischen Akademiker. Bei dem von der Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker veranstalteten Preisanschreiben über das „Bildungsweien in der Übergangszeit vom kapitalistischen zum sozialistischen Staate“ hat keine der eingesandten Arbeiten den Bedingungen voll entsprochen. Deshalb beschloß das Preisrichterkollegium, von der Verleihung des ersten Preises abzusehen und bloß den zweiten und dritten Preis zusammenzusetzen und zwischen die Autoren der beiden besten Arbeiten (R. Goldschmidt in Prag und R. Hauschild in Graz) zu teilen. Der erste und die restlichen Preise bleiben für ein neues Preisanschreiben reserviert, dessen Bedingungen demnächst veröffentlicht werden.

Dr. Razins Gesundheitszustand andauernd sehr ernst. Der Bericht über den Gesundheitszustand des Finanzministers Dr. A. Razin vom 13. Feber 13 Uhr lautet: Heute nachts machten sich Anzeichen einer Herzschwäche bemerkbar, die mit Herzstärkungsmitteln überwunden werden muß. Temperatur 36,8, Puls 130, unregelmäßig. — Amtlicher Bericht über den Gesundheitszustand des Finanzministers Dr. Razin vom 8 Uhr abends: Temperatur 36,7, Puls unregelmäßig 120, Atmung 26. Zustand sehr ernst.

Mina vor Gericht. Der Vorsitzende der kommunistischen Partei Alois M u n a wurde von der Reichsberger Staatsanwaltschaft wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Sicherheit unter Anklage gestellt. Mina hat sich dieses „Vergehens“ bei einer Rede in einer Reichsberger Versammlung schuldig gemacht. Die Verhandlung soll in den nächsten Tagen stattfinden.

Großzügige Notstandsarbeiten in Wien. Aus Wien wird uns gemeldet: Gestern fanden beim Bürgermeister Besprechungen der Zentralkomitee, Gewerkschaftsvertreter und Arbeitslosen statt, die die Verwilligung neuer Notstandsarbeiten über den Voranschlag hinaus als Resultat ergaben. Es wurde der Betrag von 85 Milliarden Kronen ausgesetzt und beschlossen, außer den geplanten 410 noch einige hundert Wohnungen zu bauen.

Millionenstadt der Toten. Nach der Statistik des Zentralfriedhofes in Wien beherbergt die allgemeine Abteilung dieses Friedhofes 918.217 Gräber und die israelitische 87.467, sodas der Friedhof insgesamt 1.005.784 Gräber enthält.

„Wie unsere Kaiserin ihre Dienerschaft behandelt hat.“ Aus Wien wird uns geschrieben: Die drei Parteien der Monarchisten, die es in Wien gab, Wolff—Schager—Hohnig haben sich in Anbetracht ihrer menschlichen und kulturellen Mission, dem darbedenden Volke das spanische Zeremoniell zurückzugewinnen, zu einer Partei zusammengeschlossen. Und so elementar ist dieser Zusammenschluß aus dem einmütigen Willen des geknechteten Volkes geboren worden, daß man gar keine Zeit hatte, einen Namen für die Partei zu finden. Dafür hat man aber eine Zeitung drucken lassen, die schon bei der ersten Herausgabe Aufsehen erregte. Ihre Kolportiere wurden verprügelt, die Grausamkeiten verurteilt. Wie schade! Denn die zweite Ausgabe zeigte, daß das neue Blatt „Die Monarchie“ eine ernsthafte Zeitung ist. „Der rote Thron wackelt“ verkünden sie mit „leuchtenden Lettern“ dem jubelnden Volke und das Feuilleton „Wie unsere Kaiserin ihre Dienerschaft behandelt“ hat, durch den Glanz von 60 Rezensionen erhellt, selbst die härtesten Gemüter bezwungen. Die neue Partei wird „allen lärmenden Kundgebungen“ abhold in „vornehmer Gerächlosigkeit“ arbeiten, um, wenn es die Not der Zeit erfordert sollte, „nach körperlicher Beschaffenheit“ für ihre hehren Ideale einzutreten. — Sie late aber besser, gar nicht daran zu denken, daß sie ihre „vornehme Gerächlosigkeit“ jemals verlassen könnte. Denn das ginge ganz bestimmt nicht ohne unangenehme „Nebenwirkungen“ ab.

Die Lutra soll ein Naturpark werden. Im heurigen Frühjahr wird mit den Arbeiten zur Einzäunung eines Naturparkes begonnen werden, der das ganze Lutragebiet unter der Leitung

Mit Gummimitteln gegen Freiheit und Friede.

Die Wiener Salentkrenzler hören einen Vortrag des Bazillisten Nikolai.

Wien, 15. Feber. (Eigenbericht.) Heute abends fand ein Vortrag des bekannten Bazillisten Nikolai statt. Die Polizei hatte Krawalle vorhergesehen und die nötigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Als Nikolai eine Viertelstunde gesprochen hatte und gerade über Fichte und den Freiheitsbegriff der Deutschen

sprach, begannen die anwesenden Salentkrenzler mit Gummimitteln auf die übrigen Zuhörer loszuprügeln. Die Wache schritt sofort ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Das bewahrte die Salentkrenzler davor, daß das Publikum selbst sie für die Lausbüberei züchtigte, wozu es große Lust zeigte.

Spitze umfassen soll. Der Naturpark wird als Schutzgebiet des Staates erklärt werden.

Ein Lueger-Denkmal in Wien. Wie die tschechischen Skrifalen Blätter aus Wien berichten, wird der ehemalige Führer der Wiener Christlichsozialen Dr. Lueger in Wien, und zwar in einer der belebtesten Straßen, ein Denkmal erhalten. Die Gemeinde Wien wird zu der Errichtung angehdlich ihre Zustimmung geben, wenn ihr daraus keine Kosten erwachsen.

Nach 40jährigem Kerker. Zum Gemeindeamt in Mähr. Weiskirchen kam dieser Tage ein noch rüstiger Greis, der eine Versorgung durch die Gemeinde verlangte. Nach seinem Nationalen gefragt, erklärte der Greis, daß er der Karl Schloßarek sei, der seinerzeit mit Hugo Schenk eine Reihe von Mädchenmorden verübt habe und daß er 40 Jahre Kerker abgesüßt habe. Nur die ältesten Beamten im Weiskirchner Rathaus konnten sich daran erinnern, daß vor 40 Jahren der Wiener Hugo Schenk und der Schlossergehilfe Karl Schloßarek sich durch ihre Taten einen traurigen Namen gemacht hatten, und daß damals Schenk zum Tode und Schloßarek zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurde, weil die beiden eine Anzahl von Mädchen durch Versprechungen in einsame Gegenden gelockt und dann dort ermordet hatten. Heute kehrt nun Schloßarek als 74jähriger Greis aus dem Kerker in seinen Heimatort heim und er soll nach den bisherigen Meldungen noch ungebrochen an Geist und Körper sein.

Proletariats-tod. Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet über den Selbstmord eines alten Arbeiters: „Durch Erhängen entlebte sich auf dem Südfriedhof in Berlin der 82 Jahre alte Arbeiter Friedrich Christoph Gottschall. Bereits vor 14 Tagen hatte der alte Mann einen Selbstmordversuch unternommen. Er war aber dabei gefehlt worden. Jetzt schritt er erneut zur Tat. Am Grabe seiner Frau machte er seinem Leben ein Ende. Er hatte sich diesen Blag ausgesucht, um seinen Angehörigen die Begräbniskosten zu ersparen. Da aber die Hinterbliebenen nicht in der Lage waren, den unumgänglich notwendigen Sorg zu beschaffen, wurde der Leichnam der Anatomie überwiesen.“ Dieser Bericht beleuchtet in trostloser Weise die Verhältnisse in Deutschland: Die Hinterbliebenen eines Arbeiters haben nicht einmal das Geld, einen einfachen Breterfarg zu kaufen, während an der Pforte die Reichen, Proffer und Spekulanten täglich Milliarden verdienen.

Großer Diebstahl. In der Zeit vom 4. bis 11. Feber wurde bei der Familie der Witwe Minna Günzel in Saida ein großer Diebstahl verübt, welcher bisher noch nicht aufgeklärt ist. Es wurden Wertgegenstände im Werte von einer Viertelmillion Kronen entwendet. Fünfundszwanzig Gegenstände, wie Brillanten, goldene Ketten und fünf goldene Uhren, Silberwaren. Für die Sicherstellung des Diebes sind 10.000 K. ausgesetzt. — Da es sich hierbei anscheinend um einen Privatverbrechen handelt, so muß man schon die Frage aufwerfen, wie denn die betreffende Familie zu einem Schmutz gekommen ist, der einen Wert von einer Viertelmillion Kronen repräsentiert. Durch der Hände Arbeit hat man dieses riesige Vermögen an Schmutz, unter welchem sich „nur“ fünf goldene Uhren befinden, sicherlich nicht erworben. Darum ist wohl auch die bestohlene Familie, wenngleich man den Diebstahl mißbilligt, nicht sonderlich zu bedauern.

Die Anzahl der Wohnungen in Groß-Prag. Im Gebiete von Groß-Prag gab es im Jahre 1910 140.219 Wohnungen, während man im Jahre 1921 bereits 158.167 Wohnungen, also um 17.848 mehr als im Jahre 1910 zählte. Der größte Zuwachs an Wohnungen ist in Prag 7, in Prag-Zuidow und in Prag-Weinberge zu verzeichnen.

Neue Fahrkarten auf den Prager Straßenbahnen. Wie das Organ der Angestellten der Prager Straßenbahnen mittels, wurde in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses beschlossen, neue Karten auf den Prager Straßenbahnen einzuführen, auf denen auch die halben und Viertelstunden eingezwikt werden können. Die Rückseite der neuen Karten ist für Kellere vorbehalten.

Todesopfer der Autovererei in Wien. An einer Ecke der Sütteldorfer Straße in Wien wurde vorgestern der Werkmeister Franz Pilger von einem daherrausenden Auto niedergeschossen und schwer verletzt. Pilger starb auf dem Wege ins Krankenhaus. Das Auto konnte bisher nicht festgehalten werden, da es nach dem Unfall mit abgedehnten Rädern weiterfuhr. — Der Tischlergehilfe Karl Loubil wurde in der Wiedener Hauptstraße von einem Auto niedergeschossen, das der Chauffeur Fally lenkte. Auch Loubil erlag seinen Verletzungen. Gegen den Chauffeur wurde die Strafanzeige erstattet. — Am gleichen Tage ereignete sich beim Schloßhans in St. Marx ein bedauerlicher Unfall. Der Chauffeur Fiala stieß den plötzlich hinter einem Pfeiler hervortretenden Fleischkommissionär Frank nieder. Frank starb am nächsten Tage im Krankenhaus. Den Chauffeur trifft an dem Unfall teilweisese Verschulden, da er in der engen Gasse kein Signal gab.

Dichter der Resignation.

Von Eugen v. Jacobi.

Zeit langer Zeit warte ich mit Schmerzen auf das Buch meines lieben Jerome K. Jerome, das das Resümee dieses stillen feinen Lebens bringen muß. Wie voll wissender Güte war dieser trodene englische Humor. Wer hat sich nicht als junger Mensch königlich amüsiert über „Drei Mann in einem Boot, vom Sund ganz zu Schweigen“? Heber das löstliche „Drei Männer auf dem Bummel“? Wer hat bei den „Nüßigen Gedanken“ und noch mehr bei den schönen feinen und weisen „Romanstudien“ nicht gefühlt: o hier geht es noch viel tiefer, hier schlägt ein reines, edles Herz, das eines Tages noch deutlicher und unverhüllter zu uns sprechen wird? — Dann fiel mir ein wunderschönes einfaches und anspruchsloses Christusstudium von Jerome in die Hände, das ich nie auf der Bühne gesehen habe. Es heißt auf deutsch, glaube ich, „Der Fremde“, und ist bei Reclam erschienen. In einer unerquidlichen Pension dritter Güte voll Lemuren kommt ein fremder, junger Mensch in einem Havelod. Er ist gar nicht so riesig klug, er sagt keine ethischen Programme auf — er ist nur einfach gut von einer unschuldig überlistenden Güte und Freundlichkeit — er nimmt lächelnd den einen seine Bosheit, dem anderen seinen arnfeligen Hochmut, seine falsche Scham, seinen verkehrten Ehrgeiz oder auch ein Schminkepföfchen, ein Haarfarbmittel aus der Hand — und allmählich verwandelt sich die jämmerlich aufgeregten, geschminkten, mühsam auf Fußspitzen freistehenden, lächerlichen „gestidten Halbnaturen“ wieder in einfache arme und liebenswerte Menschen, und erlösende Tränen waschen die Schminke weg. Das alles ist ohne Pathos, ganz fein und still und schlicht gestaltet, ohne Trara und ohne die gewissen Kypstrophien an Gott und die Welt, von denen einem schon übel wird, wenn man nur von weitem die bestimmten zwanglosen Profastellen zwischen den dröhnenden Poesieverken liest und das einfärsamale Personenverzeichnis: der Sohn, der Vater, die Mutter, die Sture, die Braut, der Krüppel, der Lenge, der Dide, mit belchigen kleinen Anmerkungen.

Aber noch dieser Abschweifung wieder zurück zu dem Lieben, dem stillen Weisen mit den lachenden Augen — oder vielleicht lachen nur die Schmerzensfäden um seine Augen — zu Jerome. Wir wollen es ihm nie vergessen, daß er in den Jahren des Krieges nie, nicht einen Tag lang den ruhigen Blick und die klare Besinnung verloren hat. Für ihn gab es nur einen Feind: das mörderische Hinterland, das blinden, unwissenden, vorsätzlich verwirrten Kindern das Messer in die Hand drückt und sie in einem grausigen Blindenspiel gegeneinander hebt. Das Hinterland: der grüne Tisch, die Presse und die übrigen Kriegsverdiener. O, daß wir es doch nie vergäßen! Daß die Schänder der Ruhrepidemie aus dem „Magister Laubhardt“, gewisse Stellen aus „Le Feu“ von Barbusse und aus Tolstois „Krieg und Frieden“ und eben aus diesem letzten in Deutschland erschienenen Jerome „Alle Wege führen nach Golgatha“ in den Schulbüchern aller Länder abgedruckt würden! Keine Boesieverse, keine Aufzuse: nur ruhige leidenschaftslose Darstellung: „An Straßenrändern sitzen Menschen im Kot, verkehren ihre selbstbesperrte Wahlzeit, hocken in Gräben, ihre Wunden betrachtend, waschen blutige Füße in fettem Wasser, legen lottige Lehen auf ihre Schwären. Kot und Schmutz. Ein Land, in dem die Menschen starben und das Ungeziefer gedieh. Ungeziefer kroch über die Leiber, nistete sich auf den Köpfen ein. Ungeziefer schwamm im Essen, lauerte in den Betten. Ungeziefer war das einzige, was gedieh, das einigte, was mit hellen Augen vergnügte um sich blähte und noch Lebenslust besaß.“

Nie vergessen! Nie vergessen! Nie vergessen! So sieht der frischfröhliche, bligblaufgewichne Krieg mit Trommeln und Trompetenschall aus! Vergeßt es nie, Ihr Kinder! Ihr Kinder einer grauenvollen Zeit, die ihr euch zu Weihnachten kein Schaufelhferd mehr, sondern einen „Dollar“ wünscht!

Dieses letzte Buch von Jerome spielt unter Menschen, die ich nicht kenne. Es handelt von Politikern, Journalisten und Journalistinnen. Es sollen, wie man mir sagt, die führenden Persönlichkeiten Englands mit wenig veränderten Zügen drin vorkommen. Ich gestehe, daß mir das eher peinlich ist. Auch ist der „Weg nach Golgatha“ gar kein Weg zur Leidenshätte, sondern der Weg zu einer stillen feindern Resignation, und das Buch schließt mit einer Freundschafts- und Vermunftche, die unter den besten Auspizien geschlossen wird. Für mich, die ich ein abgegrater Feind aller Vermunftchen bin, ist dies kein Golgatha. Die wunderliche sapere Journalistin Joan Allwan verzichtet auf den Mann, den sie liebt, und heiratet den Herausgeber der „Evening Gazette“, Francis Gresham. Es stehen viele kluge und richtige Dinge über Staat, Verwaltung und Zeitungsweisen in dem Buch. Dann ist da der Lynchstab eines jungen Fabrikanten, der als Minenlucher

hinansieht, zurückkommt und ruhig diesen Tod wählt, weil er, allein in der Nordsee, eines Tages mit absoluter Gewißheit weiß: daran darf ich keinen Anteil haben. Dieser Tod ist erschütternd. Und, wie Jerome meint, doch besser als das Leben der Unglücklichen, der wahren Helden dieses Krieges, die standhaft den Kriegsdienst verweigerten und „an Leib und Seele geschändet aus dem Kerker kamen“.

Der Stil des Buches, das nicht sehr glücklich überfegt ist, hat mich ein wenig enttäuscht. Es scheint mir, bei der großen Achtung und Liebe, die ich Jerome entgegenbringe, ein wenig unecht, konstruiert, zwar aus einwandfrei guten und richtigen Gefühlen und Gedanken, aber nicht so lebendig gewachsen, nicht so selbstverständlich vorwärtstreibend wie seine anderen Bücher und ohne die Kraft des geheimnisvollen elektrischen Stromes, der jedes dichterische Buch durchfließt.

Selbst! Ich schloge ein anderes Buch auf — es heißt „Ella Maxien“ von Ernst Sey — ich lese und lese und plötzlich rufe ich aus: „Aber das ist ja Jerome, der eigentliche Jerome, nach dem ich mich sehne, der so still und amüsiert und fein vor sich hinplaudert. Und dabei rollt unterirdisch unter dem unaufdringlichen Gelehrter der volle Strom eines reichen, reinen und befehligen Herzens. Ein junger Bautechniker erzählt von seinem Budowester Leben. Das sich in der Bank, im Stadtwaldchen, im Casino, am Koullettsch, bei Gerbeand, alltäglich abrollt. Die Innosphäre der Stadt ist so stark eingeschoben, daß wir die Luft, das Laub zu riechen meinen. Es kommen auch ein paar Frauen darin vor, die hübsche, umschwärmte Hofrätensgattin, Frau Dingoda, und ein liebes frisches kleines Fälscherl — an erstere verschwender er seine schönsten Gefühle, während die Kleine, ohne daß er es bemerkt, ihrerseits ihre schönsten Gefühle an ihn verschwender. Frau Dingoda nimmt sich eines Tages kurzer Hand in einer Droschke den oft verehrten und selig überdenen Purtschen, und er merkt mit vergriffenen Herzen und Sitternis im Mund, daß sie die Fälscherin ist. Während in einer wunderbaren hominisch einfachen und wunderbar wahrhaftigen Scene das reine Fälscherl sein wird und eine glückliche Zeit mit ihm verlebt, che sie den Weg alles hübschen Fleisches geht.

Und auch dieses bezaubernde Buch endet in Resignation.

Merkwürdig: auch hier eine Nahnähnlichkeit mit Jerome. In einem Forumheft aus dem Jahre 1915 steht ein schöner sinner ruhiger Brief von an D'Annunzio von großer, einfacher Menschlichkeit. Den ich seit so vielen Jahren nicht verlesen habe: ebensovienig wie seine unorrifischen Taten, die Amelie Klosson auszeichnet für den Verloren Verloren Dornschdt, überfegt und die Rufus Wolfgang Schöfen mit sehr hübschen, leicht hinoverworfenen Zeichnungen geschmückt hat.

Bei allen Nahnähnlichkeiten: die drei nebeneinander seßend. Ernst Hamsun, Jerome und Ernst Sey würden sich out miteinander verstehen und wenn keiner die Sprache des anderen versteht. Dieser Normmeer, dieser Engländer und dieser Unnor sprechen dieselbe Sprache. Alle drei kennen sie ihre Verantwortung. Alle drei seuen sie wachstschlich aereu aus, was sie sehen. Alle drei rüchten sie nicht, alle drei „rufen“ sie nicht „auf“, alle drei sind sie voll wissender gültiger Stille und Geduld — alle drei kennen den Weg, der nach Golgatha führt — und biegen ab auf den stillen Pfad der Resignation.

Aus vergangener Zeit.

Der 17. August 1878 — es war dies ein Samstag — war sowohl für die deutsche wie für die tschechische Sozialdemokratie ein kritischer Tag erster Ordnung. An diesem Tage waren eine Menge behördlicher Organe förmlich von einem Hausdurchsuchungsfieber befallen worden. Es wurde an verschiedenen Orten, in verschiedenen Lokalen und auch bei verschiedenen Genossen gehuscht. In Prag wurde in den Redaktionen der sozialdemokratischen Blätter „Dnievi List“, „Budoucnost“ und „Organisac“ gehausucht. Ferner wurden in Prag noch die Genossen V. Zapotoch, Becka, Maraek, Sedmidubsky, Soula und Kanka mit einem Besuche der Polizei bedacht. In B u n o wurde bei Genossen Bernzel und in D u z bei Choura gehausucht. Gesucht wurde Befassungsmaterial für einen Geheimbundprojekt. In S a b e n d o r f bei Reichenberg wurde bei Genossen Schwarz und in R e i c h e n b e r g selbst in der Redaktion des „Arbeiterfreund“ eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Während bei Schwarz in Sabendorf gehausucht wurde, wurde das Lokal des „Arbeiterfreund“ von der Gendarmerie bewacht. Diese Bewachung dauerte länger als zwei Stunden. Als der Gendarmeriewachtmeister und ein Polizeimann in dem Redaktionslokale des „Arbeiterfreund“ diese Wache bezogen, befand sich in dem Lokale Genosse Pauler aus Graz. Auch dieser durfte gemäß dem Sprichworte: „Mit gefesselt, mit gehangen“, das Redaktionslokal nicht mehr verlassen, bevor nicht die Gerichtskommission erschienen und die Hausdurchsuchung vorgenommen worden war. Gefunden wurde nichts. Und das Gesuchte konnte auch gar nicht gefunden werden, weil es in dem Sinne, wie es die Behörden meinten, gar nicht vorhanden war. Selbst die Anwesenheit Paulers aus Graz war auf ganz natürliche Weise zu erklären. Die Parteileitung der Oesterreichischen Sozialdemokratie befand sich damals in Reichenberg und die Parteikontrolle in Graz. Genosse Pauler war von der Kontrollkommission nach Reichenberg entsendet worden, um die Gebarung der Parteileitung zu überprüfen. Und dann standen wir, die von der Parteileitung, am 17. August in der Tat am Vorabend eines Parteitagess, allerdings eines Parteitagess in allerfeinsten

Format, der jedoch in seinen Folgen keineswegs so wirkungslos verlaufen ist, wie er schwach an Besuchern war. Am Tage darauf, also am 18. August, fand auf dem Faber'schen Berge bei Reichenberg dieser Parteitag statt und hatte auch einen ganz normalen Verlauf; denn der Tag war sonnig und warm und die behördlichen Organe, die allerdings etwas in der Nase hatten, suchten die Sozialdemokraten ganz woanders. Obgleich diese Parteiberatung der Behörde nicht zur Anzeige gebracht worden war, so bestand dennoch keine geheimbündlerische Tätigkeit; denn die Beratung war auf geladene Gäste beschränkt, also brauchte sie auf Grund des Versammlungsgesetzes der Behörde nicht angezeigt zu werden. Und das, was auf dem Faber'schen Berge beschlossen wurde, war keineswegs die Revolution, sondern eine Petition an das Parlament des alten Oesterreich, betreffend die Gewährung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes. Es hätte ganz gut ein von der Behörde entwendetes Ueberwachungsorgan bei diesem kleinen Parteitage angewendet sein können, und es würde sich doch kein Anlaß zum Eingreifen gefunden haben. Die Dinge lagen damals eben nicht anders auf dem Stiefel, als heute. Die Petition wurde beschlossen, für diese Petition in allen „im Reichsraus vertretenen Königreichen und Ländern“ Unterschriften zu sammeln. Mit der Durchführung wurde die Parteileitung betraut, die wieder die „Arbeiterfreund“ übertrug. Für diese Petition wurden in ganz Oesterreich nur 35.131 Unterschriften aufgebracht. Das war allerdings verteuert wenig und die Petenten hätten das immerhin als einen Mißerfolg auffassen und deshalb kleinmütig werden können. Das war aber keineswegs der Fall. Wir wußten es eben sehr genau, wie die Dinge in Oesterreich lagen, und daß jeder, der diese Petition unterschrieb, seinen Namen eigentlich auf eine Proscriptionsliste setzte. In vielen Orten waren die Organe der Staatsgewalt hinter dieser Petition her, als wären diese mit Unterschriften versehenen Papierblätter die allerhöchsten Flugblätter. Dadurch allein war schon die geringe Zahl der Unterzeichner erklärlich. Diese Unterschriften mußten eben gewonnen und durften nicht nur gezählt werden. Auf die ein- oder zwei Länder waren für die Petition in Böhmen 15.741, in Ober- und Niederösterreich 11.803, in Mähren und Schlesiens 3.767, in Steiermark 2.915, in Tirol 900, und in Kärnten 100 Unterschriften aufgebracht worden. In der Sitzung des österreichischen Parlaments vom 20. Februar 1879 hat der damalige Abgeordnete Dr. Kronawetter, dieser allezeit diensterweise Anwalt der Arbeiterschaft, die Petition im Abgeordnetenhause eingebracht und da die Angelegenheit ja wichtig genug war, ausnahmsweise die Verlesung der Petition beantragt. Bei der Abstimmung über den Antrag Dr. Kronawitters blieben die Deutschen liberalen, trotz ihrer Devise: „Für Freiheit und Fortschritt“ sitzen und nur die Konservativen standen auf und stimmten dafür. Die Konservativen haben damals dem österreichischen Parlamente die Schande erpart, daß diese Stätte der Gesetzgebung nicht einmal für die Verlesung einer Petition gewiesen sei, in der ein Teil der organisierten Arbeiterschaft um die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes ersuchte. Noch Auffassung der Liberalen von damals war das bloße Ersuchen um dieses Recht schon ein Verstoß gegen den Bestand des bürgerlichen Staates und mußte niedergestraft werden. Wenn sich die Arbeiterschaft von heute nur halbwegs jene Haltung der Liberalen vorzustellen vermag, denn wird sie es bezweifeln, daß zwischen der Sozialdemokratie und den Deutschböhmerischen oder Schattierern, insbesondere in Böhmen, auch in jenen Fragen ein Zusammengehen nicht

möglich war, bei deren Lösung der eigentliche Klassenkampf-Standpunkt soviel wie gar nicht in Betracht kam. Und daß die Verfolgung der Sozialdemokraten in den achtziger Jahren gerade in Böhmen, wo sich doch die Anarchisterei noch am allerwenigsten eingenistet hatte, so systematisch betrieben wurde, ist nicht zuletzt auf die Haltung der Liberalen gegenüber der Arbeiterschaft zurückzuführen. Die Bürokratie im alten Oesterreich glaubte eben, im Interesse des Großunternehmens der Arbeiterschaft gegenüber gar nichts gemüßigt sein zu können.

Trotz aller Sorgen und Räte der Gegenwart muß es doch immer und immer wieder ausgesprochen werden, daß eine ganz andre Zeit angebrochen ist. Aber gerade weil sich die Zustände so vom Grund aus geändert haben, erscheint es notwendig, ab und zu auch der vergangenen Kämpfe und Kämpfer zu gedenken. Bei einem solchen Zurückblicken zeigt es sich in ziemlich klarer Arbeit, daß kein Tag des Kampfes ein verlorener Tag war und daß keiner der vielen Kampfer für eine verlorene Sache gekämpft hat.

Jos. Hannich.

Kleine Chronik.

Verbrennungstod eines Fliegers. Aus Hamburg wird gemeldet: Der Flieger Schulz streifte bei einer Landung auf dem Kralauer Angel eine Platte. Das Flugzeug überschlug sich und fing Feuer. Der Flieger, der unter das Flugzeug geraten war, verbrannte.

Die älteste amerikanische Kirche niedergebrannt. Aus Montreal wird unterm 14. Feber gemeldet: Die Kirche der „St. Dreieinigkeits“, die für die älteste amerikanische Kirche gilt, wurde heute durch eine Feuerbrunst zerstört.

Telegramme.

Die Auslandspropaganda der Faschisten.

Rom, 15. Feber. (Havas.) Der große Rat der Faschisten behandelte die ausländischen Beziehungen des Faschismus. Im Auslande wurden bereits über hunderttausend „Faschi“ gebildet, die in Konstantinopel, Bulgarien, Rumänien, Oesterreich, Belgien, Frankreich, England, Spanien, den Vereinigten Staaten, Argentinien, der Schweiz, in Irland, Panama, Aegypten, Albanien, Kanada, Tripolis, Chrenaco, Somali und Anatolien verbreitet sind. Die ausländische faschistische Presse erganz die italienische Propaganda in ausgezeichneter Weise. Der große Rat genehmigte folgenden Antrag: Der große Rat legt der Errichtung italienischer „Faschi“ im Auslande große Bedeutung bei, und will ihnen außer dem Bestreben, alle italienischen Auswanderer zusammenzufassen, auch die Erhaltung der Liebe zur Heimat in allen Herzen der italienischen Söhne auferlegen. Der große Rat beschloß die Gründung von faschistischen Zentralämtern, welche die italienische Bewegung der Faschisten in der Welt leiten würden. (Die Aufmachung, als ob es sich nur um Zusammenfassung der Auslandsfaschisten handelte, kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß sich hier ein Zentralamt der internationalen Reaktion aufbaut. D. Red.)

Der Konflikt im französischen Bergbau.

Die C. G. T. gegen den Streik.

Paris, 15. Feber. Der Nationalrat der Bergarbeiter im Allgemeinen Bergarbeiterverbande der C. G. T. hat sich dem Aufruf der kommunistischen

Bergarbeiter, die den Ausstand für Freitag vormittags verkündet haben, nicht angeschlossen, sondern dem Arbeitsministerium die Forderung der ihm angeschlossenen Bergarbeiter unterbreitet. Der Nationalrat fordert deshalb alle Bergarbeiter auf, das Ergebnis dieser Verhandlungen abzuwarten, bevor sie die Arbeit niederlegen.

Ein französisches Torpedoboot von den Türken vernichtet?

Paris, 15. Feber. „Daily News“ melden, daß ein französisches Torpedoboot bei Smyrna von türkischen Geschützen in den Grund geschossen worden sei.

Einschränkung der Zahl der jüdischen Hochschulen in Polen.

Warschau, 15. Feber. In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses wurde der Antrag der polnischen Volkspartei Piasz und der nationaldemokratischen Parteien auf Einführung des Numerus clausus für die jüdischen Hörer an den Universitäten und Hochschulen in Polen verhandelt. Die Debatte über diesen Antrag wurde noch nicht beendet, aber es ist zweifellos, daß der Antrag angenommen werden wird, da die nationaldemokratischen Parteien und die Volkspartei Piasz für die Annahme stimmen werden. Der Abgeordnete des jüdischen Klubs Grünbaum erklärte in der Debatte, daß der Antrag betreffs des Numerus clausus der Verfassung und dem Vertrag über die nationalen Minderheiten widerspricht. Nach Blättermeldungen erklärten die Abgeordneten des weißrussischen und des ukrainischen Klubs, daß in Falle der Annahme des Antrages der ukrainische und der jüdische Klub einen neuen Antrag wegen sofortiger Errichtung einer eigenen Universität für die nationalen Minderheiten einbringen.

Am Memel.

Memel, 15. Feber. Heute mittags wurde die Memeler Landesverwaltung von der Regierung Simonaitis an das neue, von der Sonderkommission in Aussicht genommene Landesdirektorium, bestehend aus dem Landespräsidenten Gailius, zwei litauischen und zwei deutschen Direktoren, übergeben. Oberkommissar Petišius wird, wie von litauischer Seite erklärt wird, sich nach der Entscheidung über das Memeler Gebiet mit den französischen Truppen einschiffen. Die Entscheidung soll demnächst erfolgen. Ferner wird von litauischer Seite berichtet, es sei eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß die Litauer den südlichen Stadteil und die Preußen den nördlichen besetzen.

Blutige Uebernahme der neutralen Zone.

Warschau, 15. Feber. Nach den bis zur Stunde eingetroffenen amtlichen Nachrichten konnte die Uebernahme der neutralen Zone im Wiener Gebiete nicht glatt durchgeführt werden. Die Uebernahme begann heute um 7 Uhr früh. In der Gegend der Ortshäuser Pustern und Olskeni ist Maschinengewehrfeuer hörbar. Wie am Abend gemeldet wurde, wurde die Detasch Pusterna nach einem Kampfe mit den litauischen Aufständischen durch polnische Grenzteilungen besetzt. Die Litauer haben einige Brücken und in der Gegend von Orana, auf der Eisenbahnlinie Grodno-Wilna, Eisenbahnschienen gesprengt.

Gerichtssaal.

Der Sturz des Freudenthaler Josefsdenkmals vor Gericht.

Dinub, 15. Feber. Oestern begann vor dem Dinubiger Divisionsgericht der Prozeß gegen 41 Soldaten, die sich am Sturz des Josefsdenkmals in Freudenthal beteiligten und von denen einer, der Soldat Anton Krö den Zahntechniker Max Ringl getötet haben soll. Auch der Angeklagte Josef Sramel hat in die Menge hineingeschossen. Der Tatbestand ist nach der Anklageschrift folgender: Die tschechische Garnison in Freudenthal wurde am 27. und 28. Oktober dadurch in Aufregung gebracht, daß an beiden Tagen bei tschechischen Veranstaltungen plötzlich das elektrische Licht auf Stunden erlosch; die tschechischen Soldaten beschloßen zur Vergeltung das Denkmal Josefs II., das in Freudenthal noch stand, anzuzünden. Ungefähr 26 Soldaten verließen am 28. Oktober nach 10 Uhr abends die Kaserne, wobei sich ihnen die Kaserne wache, die niemand herauslassen sollte (!), mit den Dienstgewehren anschloß (!). Die Soldaten rissen das Denkmal vom Sockel und begannen darnach davon zu laufen, da Zivilisten auftauchten, welche ihre Verfolgung aufnahmen. In der Winterbaumstraße blieben die Soldaten stehen und Krö und Sramel gaben gegen die Verfolger einige scharfe Schüsse ab, wobei sie noch von ihren Komplizen durch Zurufe angeleitet wurden. Der 26jährige Zahntechniker Max Ringl wurde in den Hals getroffen und sank tot zur Erde. Inzwischen entflohen die Soldaten in die Kaserne. — Bei der Verhandlung erklärten die Angeklagten, daß sie nur Exzerzipatronen verwendet hätten und nur die Menge abzuschrecken wollten. Am Tatort wurden jedoch Hülsen von scharfen Patronen gefunden. Zu dem Prozesse sind 17 Zeugen geladen. Wir werden über den Ausgang berichten.

Das Urteil.

Aus Dinub wird gemeldet: Donnerstag nachmittag wurde das Urteil gegen die 41 Erzgebirger von Freudenthal gefällt. Der Hauptangeklagte Infanterist Anton Krö, der mit seinem Dienstgewehr den Zahntechniker Max Ringl erschossen hatte, wurde des Totschlags und der Meuterei schuldig erkannt und zu fünf Monaten schweren Kerkers unbedingt verurteilt. Der Infanterist Jakob Sramel, der gleichfalls aus seinem Dienstgewehr einige Schüsse gegen die ihn verfolgenden Zivilisten abgefeuert hatte, allerdings ohne jemanden zu treffen, wurde des Verbrechens der Gefährdung der körperlichen Sicherheit und schwerer Insubordination schuldig erkannt und zu drei Monaten schweren Kerkers unbedingt verurteilt. Die übrigen Angeklagten, die sich des Denkmalschuldigen gemacht hatten, wurden auf Grund der Anklage der beschaffen Sachbeschädigung und schwerer Insubordination schuldig erkannt und zu Strafen von drei Monaten bis 14 Tagen verurteilt. Soweit die Angeklagten nicht vorbestraft waren, lautete die Beurteilung bedingt. Das Wahrecht wurde ihnen nicht aberkannt, da das Gericht der Meinung war, daß die Tat nicht aus Ehrlosen und niedrigen Motiven erfolgte. Einer der Angeklagten, und zwar Adolf Kacar, wurde freigesprochen. Der Militärprokurator legte in einigen Fällen wegen zu niedriger Strafmaßes Berufung ein.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (4)

Wesentlich lebhafter griff Maria den Gedanken auf. Sie empfand es lächerlich, daß ein Mädchen von dreißig Jahren, Mutter von vier Kindern, immer noch „Fräulein“ angeredet wurde. Bitar Blume hatte an ihr eine Verbündete, und da Johannes nur gleichmütig die Augenwimpern hob, nahm er auch sein Einverständnis an. Die besorgten Hinweise auf die Kosten der Hochzeit beschwichtigte der Bitar mit der Zusage seiner Unterstützung.

Sehr befriedigt über den Besuch erhob sich Blume vom Büfischel (Maria hatte ihn von der Nachbarin entliehen) und nahm herzlich Abschied. Er reichte Johannes und Maria die Hand, strich Ernst gütig über das drahtige Haar und verließ freundlich grüßend die Wohnung. Maria dienernte, bis der letzte Zipfel des schwarzen Rodes verschwunden war, und Johannes rieb tiefinnig die schwieligen Hände aneinander. Er dachte über die weiche Hand des Geistlichen nach und nurrmelte kopfschüttelnd vor sich hin: „Wie Butter... wie Butter...“

Ernst ging zur Realschule. Die Aufnahme war spielend bewältigt worden. Er tat sich viel zu gut, trug auf steifem Halbe das Abzeichen seiner neuen Würde — eine grüne Mütze mit weiß-blauem Band — und verachtete aus ehrlichem Genuß die Kameraden der gewöhnlichen Volksschule. Das hinderte aber nicht, ihnen die Zunge krankehaft herauszustrecken, wenn sie seinen Weg kreuzten oder ein hitziges Gesecht anzubinden, was immer geschah, sobald einer nach der grünen Mütze schielte. Diese Mützen waren den Volksschülern ein Dorn im Auge. Konnten sie eine erschnappen, so war der Jubel groß. Ernst vertheidigte sein Heiligum stets siegreich und bläute manchen guten Freund darum brav aus.

Sein Hochmut machte Erbitterung bei den Kindern des Zwingers an. Ernst merkte bald, daß er Feinde hatte, die ihm den Verrat an der Vergangenheit nicht vergessen wollten. Aber er redte die Nase nur noch höher und verschwor laut, jemals wieder mit einem Volksschüler zu spielen.

War Ernst aus dem alten Kreis getreten, der neue Kreis nahm ihn nicht ohne weiteres auf. Die Söhne wohlhabender Regier- und Wirte taten Ernst durchaus nicht den Gefallen, zu hofieren. Sie suchten ihn wohl gelegentlich bei Schularbeiten auszunutzen, gingen aber nicht gern mit ihm auf der Straße, weil Ernst ziemlich schäbig und fadenförmig daherkam. Auch die sonderbare Doppelheit seines Namens war ihnen unheimlich. Sie hießen alle wie ihre Väter. Der Tagelöhnersohn trug den Mutternamen. Woher das kam, erfuhren sie auf Umwegen.

Diese auffällige Eigenschaft sollte Ernst übrigens bald verlieren. Der Same des Vaters Blume ging auf. Die Eltern würden heiraten. Daheim verlautete kein Sterbenswörtlein davon. Durch den Klassenvorstand erfuhr Ernst von der Hochzeit der Eltern. Er wurde für einen Tag beurlaubt.

Der seltene Festtag brach für Ernst wenig verheißungsvoll an. Er wollte die Festlichkeit mit längerem Schlaf ansaugen. Das fand die Mutter nicht notwendig, und sie zog ihn, als alles Rütteln und Schütteln nichts half, Wasser über den Kopf. Ernst bemurte diesen nassen Anfang, beruhigte sich aber, als ihn der Vater mit einigen Ohrfeigen abtrocknete.

Um Platz zu schaffen, war das Zimmer zu räumen, worin die Familie wohnte und schlief. Mit dem Vater schleppte Ernst die Bitten auf den Speicher, im Waschboden wurden sie verstaubt. Der Vater klemmte sich zum Ueberfluß den Finger bei dieser Arbeit, was die Stimmung nicht hob. Aber es sah in der Wohnung doch prächtig

aus. Die sonst in zwei Zimmer geteilte, enge Wohnung war eine neue Einheit, die Ernst gleich abmessen mußte. Genau neunzehn Schritte von einer Wand zur andern. Drei Tische (zwei davon freundschaftlich ausgedorbt) bildeten eine lange Tafel. Die Tische waren verschieden hoch, so daß es auf der Fläche bergan und bergab ging.

Mit hochrotem Kopf kam Johannes Löhner aus der Nachbarnwohnung, die als Ankleideraum diente. Nach heftiger Anstrengung war die stämmige Gestalt in den Gehrod geschlüpft. Brustend neigte Johannes den engen Krager zurück und mühte sich umsonst, die breiten Hantel in die Stoffhandschuhe zu zwängen. Der gequälteste Daumen spottete aller Mühe. Schließlich erlaubte Maria, die Handschuhe im Rodschuh unterzubringen.

Besser ging es mit der bräutlichen Einkleidung. Maria sah in ihrem weißen Kleid sogar recht vorteilhaft aus. Mit 32 Jahren, und wenn man seit der Schulentlassung in die Fabrik geht, ist die Schönheit weg. Heute lebte Maria wieder einmal auf; froher Glanz lag in den Augen und sanftroter Schein über den Wangen.

Drunten vollerte der Hochzeitswagen vor. Ein behendes Männlein schob eilig in das Haus und bremste knapp vor dem Hochzeitspaar, die aufgeregte fliegenden Rodschuhe in elegantem Schwung beruhigend. Von dem Lohndiener geleitet, der um sie sprang wie ein Tadelhund um ein Kapenpaar, bestiegen Johannes und Maria die Autschke. Bewundernde Anmerkungen des Zwingers folgten nach.

Ernst, der sich keine Einzelheit des Tages entgehen lassen wollte, erhaschte bei der Abfahrt noch, daß dem Vater der angejahrte Zylinderhut entsprang, was ihm so löstlich vorkam, daß er aus vollem Halbe lachte.

Armer Leute Fest hat den Magen zum besten Gast. Auch bei dieser Hochzeit wurde geschmort und gebraten, gebaden und gerührt, daß der ganze Zwinger nach den Wohlgerüchen duftete.

Die Hochzeit kamen zurück. Johannes lachte dröhnend über die reichlich schwülstigen Glückwünsche, drehte sich mit vom Leib abgeholtener Rodschuhe zweimal um die Achse und hieb seine neue Frau herb auf die Schenkel. „Echt hält merisch, Al! Echt darf la Mensch mehr „Fräulein“ zu dir sag'n.“

Fast zwei Stunden vergingen mit Rauen und Schanden. Punkt drei Uhr öffnete Johannes den letzten Westknopf und meinte stillvergnügt, der Mensch mühte eigentlich zwei Mägen haben. Dann stand er auf, blickte unsicher durchs Fenster und verschwand mit fliegendem Rod. Was sollte er jetzt dabein machen, wo die Weiber ihren Kaffeeklatsch vorbereiteten? Da ging ein vernünftiger Mann lieber zum Bier.

Im Wirtshaus „Zum roten Kof“ fanden sich nur zwei Gäste, fragewürdige Gestalten, bei der Erfindung der Arbeit sicher unbeeiligt. Bei der Ankunft des feierlich gekleideten Hochzeitters steckten sie die Köpfe zusammen und schnupperten erwartungsvoll. Sie witterten billiges Vergnügen und die Witterung trug nicht. Bald ächzte der Tisch unter dem Ausproll harter Knöchel und weil ein rechtschaffener Kartenspieler immer findet, daß nur der andere Fehler macht, setzte es nach jedem Spiel laute Bemerkungen. Dabei wurden aber nicht die vollen Krüge vergessen, denen der Wirt wahrhaft rührende Aufmerksamkeit widmete.

Vollkommen zufrieden mit seinem Hochzeitsstag spielten Johannes und die Tagediebe bis in die Dämmerung. Möglich daß der neue Ehemann überhaupt auf die häusliche Feier vergessen hätte, wären nicht Abgesandte erschienen, die an die Pflicht mahnten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Befestigung der Josefdenkmäler.

Prag, 15. Feber. Das Oberste Verwaltungsgericht hatte sich heute mit den Beschwerden der Gemeinden Mähr.-Altschladt, Weedl und Troppau gegen die Erlasse der politischen Landesverwaltung, durch die die Befestigung der Josefdenkmäler in diesen Gemeinden angeordnet wurde, zu beschäftigen.

Ein Messerheld.

Prag, 15. Feber. Der Kutcher Franz Dorotik suchte am 20. September im Gasthaus „Rote Mühle“ bei Bělá ein Nachtlager und bekam vom Gastwirt die Erlaubnis, im Schankzimmer zu übernachten.

Ein humoristischer Abend.

Prag, 15. Feber. Wenzel Stříbrný, Mitglied der freiwilligen Feuerwehr in Retoric, spielte bei einem humoristischen Abend seines Vereins die Rolle eines Hederklumpen, und zwar eines verflochtenen, Sträubers wollte seine Rolle naturgemäß spielen, betrat sich vor seinem Auftreten ganz gehörig und begann dann auf der Bühne etwas lockere Lieder zu singen und Joken vorzutragen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Wegen Kritik der kommunistischen Gewerkschafts-Arbeit aus der kommunistischen Partei ausgeschloffen. Aus Reichenberg wird uns geschrieben: Samstag den 10. d. M. fand in Deutsch-Gabel eine Bezirkskonferenz statt, welche den Gruppensekretär der Reichenberger Ortsgruppe des deutschen Bauarbeiterverbandes aus der kommunistischen Partei ausschloß.

Bei verfrühter, den Abschluß des Vertrages im letzten Moment noch zu verhindern, wurde er ausgeschlossen. Die kommunistische Kreisvertretung führte bei der Bezirkskonferenz einen der besonnenen Eierläufe auf. Wohl wissend, daß der Ausschluß des Sekretärs Scholze bei den Bauarbeitern nicht die sympathischsten Gefühle auslösen wird, beantragte die Kreisvertretung nicht den Ausschluß, sondern eine strenge Rüge und Verwarnung.

Wiederaufnahme der Arbeit in der Bugmöbelindustrie. Die Wirtschaftskrise hat in der Bugmöbelindustrie zu einer völligen Einstellung der Erzeugung gebohrener Möbel geführt. Wie nun die „Prager Presse“ meldet, haben die großen mährischen Bugholzfabriken sich entschlossen, dieser Tage die Arbeiter wieder aufzunehmen.

Von der Buschtiehrader Bahn. Wie das „České Slovo“ berichtet, will die Buschtiehrader Eisenbahn einige tausend Angestellte entlassen. Gleichzeitig wird der Betrieb eingeschränkt und einige Schnellzüge eingestellt.

Das statistische Staatsamt hat eine Reihe farbiger Diagramme herausgegeben, welche den Außenhandel der Tschechoslowakischen Republik in den Jahren 1920, 1921 und 1922 behandeln und die Ein- und Ausfuhrziffern der wichtigsten Warengruppen in der dreijährigen Entwicklung anschaulich zum Ausdruck bringt.

Deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen. Polnische Blättermeldungen zufolge, wurden die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zwecks gegenseitiger Zollbefreiung bei Rohstoffen, welche sowohl für die deutsche, wie auch für die polnische oberflächliche Industrie notwendig sind, zu einem günstigen Abschluß gebracht und zu einem entsprechenden Abkommen geführt.

Die französischen Arbeiter gegen die Herabsetzung der Löhne. Aus Paris den 15. Feber wird gemeldet: Der Rat der C. G. T. (Allgemeiner Gewerkschaftsbund) angehörenden Föderation der Unterschichtarbeiter hat ein Entschließen angenommen, in welcher die unverzügliche und gerechte Erhöhung der Löhne gefordert wird, da die bisherige Herabsetzung der Löhne keine Preisentfaltung der Lebensbedürfnisse herbeigeführt hat.

Exportsteigerung in England. Der „Board of Trade“ (Handelsamt) gibt die Ein- und Ausfuhrziffern für den Monat Jänner bekannt. Tatsächlich erreichte die Ausfuhr in diesem Monat einen Gesamtwert von 76,9 Millionen Pfund Sterling. Diese Ausfuhrziffer ist die höchste seit Februar 1921.

Bekämpfung des Häuserverkaufs in Rumänien. Der rumänischen Kammer wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, wonach der Verkauf von Häusern an Ausländer oder ausländische Gesellschaften im ganzen Lande verboten ist.

Züricher Schlußkurve.

Table with 3 columns: City, Gold, Ware. Rows include Paris, London, Berlin, Mailand, Holland, Wien, Budapest, Bra, New York, Belgard, Warschau, Wien gelt.

Prager Kurse.

Table with 3 columns: Item, Gold, Ware. Rows include 100 holl. Gulden, 100 Mar., 100 schweiz. Frank., 10 Lire, 100 franz. Franks., 1 Pfund Sterling, 1 Dollar, 100 belg. Franks., 100 Dinar, 100 österr. Kronen, 100 poln. Mar., 100 magyar. Kronen.

Devisenkurse.

Table with 3 columns: City, Schw. Frank, Mark, österr. Kr. Rows include Zürich, Berlin, Wien.

Kunst und Wissen.

Vormittagskonzert im Neuen Theater. Sonntag, den 25. Feber halb 11 Uhr vormittag findet im Neuen deutschen Theater ein Vormittagskonzert statt. Mitwirkende: Margarethe Gerth, Maria Müller, Bertold Sterned, der deutsche Männergesangsverein und das Orchester des Deutschen Landestheaters.

Neues Theater. Heute Gastspiel Ermold „Der Bildhauer“. Morgen Samstag in Vorbereitung des Gerhart Hauptmann-Stückes, neuinstudiert „Rose Bernd“ mit Hermine Medelsky in der Titelrolle.

Literatur.

Der Heinrich Rauberg: Bürgerkunde der Tschechoslowakischen Republik. Verlag Gebr. Stiepel, Reichenberg 1922. Rauberg will in seiner Bürgerkunde der Tschechoslowakischen Republik „Verständnis des Staates, d. h. Einsicht in sein Wesen, in seine Aufgaben und Leistungen“ (Vorwort, S. III) vermitteln. Dieses Ziel hat er auch durch eine ausführliche und klare Darstellung vollaus erreicht.

D. Butter und A. Kuml: Tschechoslowakische Republik. Kurze Uebersicht der intellektuellen, politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Verlag Orbis, Prag 1921. Die Schrift von Butter und Kuml will eine politische, kulturelle und wirtschaftliche Uebersicht über die Tschechoslowakische Republik geben.

selbst wird in einer Tafel (S. 14, 15) behandelt, die die einzelnen politischen Parteien der Tschechoslowakischen Republik (die Programme in Schlagworten, ihre Stärke im Abgeordnetenhaus und Senate, die Zeitungen der Parteien und ihre hervorragendsten Vertreter) anschaulich darstellt.

Friedrich Weiß.

Aus der Partei.

Kreisbesprechung Trautenau. Sonntag, den 18. März um halb 9 Uhr vormittags findet im Saale zur „Frohen Aussicht“ die diesjährige Konferenz des Kreises Trautenau mit folgender Tagesordnung statt: Berichte, „Unsere nächsten Aufgaben und unsere Kampfmittel“, Wahlen, Verschiedenes.

Turnen und Sport.

Die Tschechoslowakei gewinnt das internationale Eishockeyturnier in Paris. Wie aus Paris gemeldet wird, endete das Weltspiel Tschechoslowakei gegen Frankreich 3 : 3 (2 : 3) Durch dieses Weltspiel gewann die Tschechoslowakei den Polak, da ihr Gesamtergebnis das beste ist.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Advertisement for VISA BÄCKEREI. Includes an illustration of a baker and text: Tee-Bäckerei: 25 dkg. Mehl, 10 dkg. „Visan“, 15 dkg. gestoßenen Zucker, 2 Eier und 5 dkg. feingestoßenen Ingwer...

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.

Bio-Programm

vom 16. bis 22. Feber. Lido-Bio Maciste u. die Tochter des Silberkönigs. Nächstes Programm: Mutter (Das alte Nest).

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben. Goldenes Kreuzel, Prag-Neuzanka. Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smecch 22 (Urania).

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Teplitz-Schönau. CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.